

Volksmacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundhum“, „Sozialistische Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreise: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Hiltlstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen des „Volksmacht“, Neue Gruppenstraße 6 und Friedrichsstraße 10b, Marktstraße 15b, sowie durch alle Postämter zu beziehen. Einzelhefte im Voraus zu entrichten. Preis der Nummer 10 Pf. Jahrespreis im Voraus 1.75 RM. + 35 Pf. Erträgnisse + 2.10 RM. Durch die Post einhalt. Zustellungsgebühren 2.60 RM.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21730
Postfach-Konto: Postfach Amt Dreslau Nr. 5552
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Dreslau
Anzeigensatz eingelebte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigensatz: 10 Zeilen für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.40, auswärts 1.70 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangeboten, Stellengesuche, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen des Text 5 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormit tags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hiltlstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Henry Ford gegen Hochschutzzoll

Der Kampf um den amerikanischen Zolltarif

Washington, 2. Juni. (Eigener Bericht.)

Der monatelange erbitterte Kampf um den Hawley-Croot Tariff, die neue amerikanische Zolltarifvorlage, ist in sein letztes Stadium getreten. Alle Vorurteile und Warnungen, der heftige Widerstand im Bundessensat, die scharfe öffentliche Kritik an den neuen Zolltarifen, haben den Bundessensatz nicht in seinem Entschluß abzuwehren abhalten können, die Vorlage noch vor der Beendigung der diesjährigen Tagung im Juni unter Dach und Fach zu bringen. Man braucht hinesische Zollmauern und verspricht sich an ihnen - ehrlücher oder geheuchelter Weise - eine Belebung der amerikanischen Wirtschaft. Auch in den gegnerischen Lagern der amerikanischen Wirtschaft. Auch in den gegnerischen Lagern der amerikanischen Wirtschaft. Auch in den gegnerischen Lagern der amerikanischen Wirtschaft.

Die Zollgegner haben wirklich keine bessere Hilfe finden können als diesen Mann, dessen Autorität auf dem weiten Felde der internationalen und wirtschaftlichen Probleme wohl unbestritten ist. In einem überaus stark beachteten Presseinterview bezeichnete der Automobilkönig die neuen Tarife als unnötig und schädlich und sagte die Überzeugung zum Ausdruck, daß Präsident Hoover sein Veto gegen die Vorlage einlegen werde. Ford sagt in seiner Kennzeichnung der Vorlage mit Worten feines Scharfsinns: „wenn dem Publikum der Warenwert durch Preis erhöhungen unmöglich gemacht sei, hätte die Arbeiterklasse die Forderung der Unterbindung des internationalen Handels müßten die nationalen Industrien notwendigerweise stagnieren. Die Zolltarifvorlage sei der letzte Versuch einer kleinen Gruppe, sich aus der Tasche der Massen so viele Vorteile als nur möglich zu verschaffen. Der Durchsetzung der Tarife müsse durch den Bundessensatz oder durch den Präsidenten Einhalt geboten werden.“

Henry Ford ist sicherlich kein Kronzeuge gegen Kapitalismus und geldhungrige Großindustrien, aber was er hier sagt, ist den Nagel auf den Kopf. 33 Nationen haben ihre Proteste gegen die neuen Zölle angemeldet und zum Teil bereits zu überaus schmerzhaften Abwehrmaßnahmen gegriffen, die wie im Falle Kanadas dem amerikanischen Außenhandel mindestens 25 000 000 Dollar pro Jahr kosten werden. Australiens und anderer Artikel Zolltarifhöhen bis zu 50 Prozent fest, die auch zu schweren Einbußen der amerikanischen Ausfuhr führen müssen. Die amerikanische Ausfuhr nach Australien betrug z. B. im letzten Jahre über 150 000 000 Dollar, denen eine Einfuhr australischer Artikel im Werte von nur 31 000 000 Dollar gegenübersteht. Die neue Zolltarifvorlage wird der amerikanischen Nation alles in allem jährlich mindestens eine Milliarde Dollar kosten, die mit verringerten Arbeitsmöglichkeiten und dem entsprechenden Rückgang der Warenproduktion wettgemacht werden müssen. Unter diesen Umständen ist die Protestwelle nur zu begründet. Sie hat alle Bevölkerungsschichten erfasst und wird in den kommenden Kongresswahlen auch politisch ihren Niederschlag finden. Die Warnungssignale mehrten sich, so hat der Staat Pennsylvania, seit einer Hochburg schutznährlicher Interessen, dem Senator Joe Grund, einem der Hauptmacher des Tariffs, bereits in den Prämärwahlen den Sitz im Bundessensatz zu einer schweren Niederlage verloren.

Präsident Hoover ist sich bewusst, daß der neue Zolltarif ein Kuckucksei ist, an dem er weder politisch noch wirtschaftlich Freude erleben wird. Wenn Ford aber glaubt, daß der Präsident von seinem Vetorecht Gebrauch machen und gegen die Vorlage Einspruch erheben wird, so beweist er damit nur, daß er ein guter Wirtschaftler, aber ein sehr schlechter Politiker ist. Die Hoover-Verwaltung ist an die Zolltarifvorlage gebunden, sie muß sie ausführen, gleichgültig wie sie aussieht und was sie ihr für Magenschmerzen verursacht. Die Frage neuer Zölle spielte in der letzten Wahlskampagne eine gewichtige Rolle und gipfelte damals in dem Versprechen des republikanischen Kandidaten Hoover, aktive Maßnahmen zum Schutze der notleidenden Farmer zu ergreifen. Die Absicht war nicht so sehr ein allgemeiner Zolltarif als eine Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegen die zunehmende ausländische Konkurrenz. Den Farmern, auf deren Stimme es ankam, sollte gezeigt werden, daß die Wahl Hoovers auch eine neue Zolltarif vorlage wert ist. Heute will es die Fronte, daß die eigentlichen Nutznießer des Zolltarifs nicht die stark enttäuschten Farmer sind, sondern eine Gruppe jährender Industrien den Schaum abschöpft. Der Debut-Plan, eine Art landwirtschaftlicher Ausfuhrprämie, die von dem Bundessensatz gegen den Willen der Regierung und des Hauses in die Vorlage aufgenommen worden war, ist im letzten Waffengang mit nur einer Stimme Mehrheit aus dem Gesetzentwurf entfernt worden. Damit ist der Weg für die ungehemmten Schutzzöllner freigelegt. Der Präsident wird seinen Namen gehorsam unter das Gesetz setzen, und es wird ihm dabei auch nicht viel helfen, die Schuld für dieses Monstrum später auf den Bundessensatz abzuwälzen. Die Nation wird den Tarif nach seinen Früchten und nicht nach den mit ihm verfahrenen hilfswichtigen Absichten beurteilen.

Wie üblich wird es zuerst die Arbeiterklasse sein, die für die wirtschaftlichen Folgen der amerikanischen Selbstschleierung zu büßen haben wird. Leider hat die Vorlage mit ihrer völligen Verkennung internationaler wirtschaftlicher Zusammenhänge in den Führern der American Federation of Labor warme Beifürworter gefunden, da sie sich von ihr eine Sicherung des hohen Lohnstandards und die Fernhaltung ausländischer Konkurrenz versprechen. Man vergißt jedoch, daß hohe Löhne eine Nothwendigkeit sind, wenn die allgemeine Warennachfrage nachläßt und die Industrieproduktion eine absteigende Kurve zeigt. Die amerikanische Autoindustrie, die in der Hauptsache auf Exporte angewiesen ist, hat errechnet, daß mindestens 180 000 Autoarbeiter ihre Stellen verlieren werden, falls die fremden Mächte zu Vergeltungszöllen greifen und dem amerikanischen Autoablaß unübersteigbare Mauern entgegenstellen. Aber auch abgesehen von diesem besonderen Falle ist die Haltung der amerikanischen Gewerkschaftsführer wie Green und Wohl unberechtigt. Von den Zolltarifvorlagen mag eine handvoll hochqualifizierter Arbeiter in einzelnen technischen Gruppen profitieren, aber die überwältigende Mehrheit der amerikanischen Arbeiterklasse muß darunter leiden. Diese Haltung beweist, wie sehr die amerikanische Gewerkschaftsbewegung in hochbezahlten Arbeitsgruppen wurzelt und in ihrer Denkwelt ein ganz bürgerlich eingestelltes ist. Von der Ideologie und dem Klassenbewußtsein des europäischen organisierten Arbeiters kann keine Rede sein. Man ist zufrieden, im Fahrwasser der angesehenen Prospektivität zu schwimmen und die Vertretung der politischen Interessen den alteingesessenen bürgerlichen Parteien zu überlassen.

Das ratlose Kabinetts

Von Wilhelm Keil, M. d. R.

Die Mitglieder des Kabinetts Brüning, der Meister voran, reizen andauernd im Lande umher und halten Reden. Meist in Versammlungen, die von der Partei des betreffenden Ministers zu Agitationszwecken veranstaltet sind, zuweilen auch bei repräsentativen Gelegenheiten. Derweil schleichen in Berlin in der Wilhelmstraße die Zügel am Boden. Das Kabinetts Brüning wollte ein Kabinetts der Führung sein. Es ist ein Kabinetts der Rat- und Hilflosigkeit. Wenn der Fall umgekehrt läge, wenn vor sieben Wochen ein Kabinetts mit sozialdemokratischer Führung an die Stelle eines rein bürgerlichen Kabinetts getreten wäre, und wenn dieses „sozialdemokratische“ Kabinetts nach einer so kurzen Frist solche Ergebnisse zu verzeichnen hätte, wie heute das Kabinetts Brüning, so würden die bürgerlichen Gazette den Tag über überfliegen von Hohn und Entrüstung über die „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ und Unfähigkeit. Da aber das Kabinetts Brüning eine in Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie befindliche Bürgerblockregierung ist, so schweigen im Lager der Fabrikanten der öffentlichen Meinung alle Klagen. Wäre die Sozialdemokratie so getarnt, wie sie von ihren Feinden oft dargestellt wird, so könnte sie sich aus agitatorischen Gründen über das völlige Versagen Brüning-Schiele-Deinert nur ins Fäustchen lachen. Die finanz- und wirtschaftspolitische Lage Deutschlands ist aber viel zu trostlos, die Not von Millionen zum Nichtstun verurteilter Volksgenossen viel zu groß, als daß dem Gefühl der Schadenfreude irgendwie Raum gegeben werden könnte.

Stolz und glücklich begab sich Reichstanzler Brüning nach Verabschiedung seiner von den verschiedenen parteipolitischen Interessengruppen verhandelten Schutzvorlagen in die Osterferien. Das Urteil seines Parteigenossen Schlad, das die neue Bürgerblockregierung die reaktionärste seit der Revolution sei, nahm er auf die leichte Achsel. Die Finanzen hielt man endgültig für saniert. Herr Moldenhauer rechnete sich für das Jahr 1930 noch einen beträchtlichen Ueberschuß heraus. Es bedurfte nur noch der „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, die mit den widerpenstigen Sozialdemokraten nicht zu erreichen war, um alle finanzpolitischen Sorgen zu bannen. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik übernahm Schiele die Führung. Agrarpolitische Maßnahmen wurden teils sofort durchgeführt, teils angekündigt, die in Zeitkurze, wie durch ein Zaubermittel, die Agrarfrage beheben sollten. Und wie sieht heute, 6 Wochen später, aus?

Herr Moldenhauer tritt vor den Ausschuß des Reichstags und erklärt zwei Monate nach Beginn des neuen Rechnungsjahres, daß der Mitte April errechnete Ueberschuß sich in ein riesenhaftes Defizit verwandelt habe, für dessen Beseitigung er Vorschläge zu machen noch nicht in der Lage sei. Obgleich die Zeit drängt, obgleich das Staatsnotgesetz, das über das erste Viertel des Rechnungsjahres hinweghilft, in wenigen Wochen abläuft, ist es Herr Moldenhauer noch nicht gelungen, die neue Regierungskoalition unter einen Hut zu bringen. Eine der Regierungsparteien droht mit der Staatsablehnung, wenn nicht noch große Abschnitte an den Ausgaben vorgenommen werden. Wo gekürzt werden soll, weiß sie selbst nicht. Am Wehretat bestimmt nicht, wäre doch diese Partei, die Wirtschaftspartei, sogar bereit gewesen, schon in diesem Jahre zu dem Panzerschiff A das Panzerschiff B hinzuzubewilligen, und sich auf einige weitere Buchstaben des ABC im voraus festzulegen. Die Regierungsparteien insgesamt sitzen hinter den Kulissen und brüten darüber, wie sie die Staatsausgaben in wirtschaftsfeindlicher Richtung noch kürzen könnten. Wirtschaftsfeindlich ist es, wenn just in der Zeit größter Wirtschaftsknotung und anerhörter Arbeitslosigkeit die Ausführung öffentlicher Bauten, die sachlich für notwendig erkannt sind, gedroht wird.

Während so die Hauptlinge der Regierungsparteien nicht aus und ein wissen und ihr finanzpolitischer Führer Moldenhauer auch nicht weiß, was er will oder was seine Fraktion ihm erlaubt, reißt er selbst von Versammlung zu Versammlung und sucht Ablenkung im Reden und immer wieder im Reden. Er wettet gegen die vermaledeite Sozialdemokratie, die ihn durchaus nicht hindert, seine Staatskunst zu entfallen. Er droht dem Reichstag, daß er ihn ausschalten werde, wenn er seinen Vorschlägen, von denen er selbst noch nicht weiß, wie sie aussehen, nicht Folge leistet. Und Herr Schiele? Er hat die Zölle enorm erhöht, die Einfuhrschneise ausgedehnt, die Agrarier aber jauchern läuter denn je. Er hat all die Staaten, die mit

Thüringen lehnt ab

Die Polizeigelder werden nunmehr gesperrt

Weimar, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die thüringische Staatsregierung hat am Montag des Gesuchen des Reichsinnenministers, Nationalsozialisten nicht zu Polizeidirektoren zu ernennen, einstimmig abgelehnt. Sie beabsichtigt für den Fall, daß nunmehr die Polizeizuschüsse des Reiches gesperrt werden sollten, den Staatsgerichtshof anzurufen.

Nach dieser neuesten offiziellen Abfrage der thüringischen Regierung an den Reichsinnenminister bleibt Herrn Birich nichts anderes übrig, als nunmehr seine Rücktritte zu machen und die Polizeizuschüsse zu sperren. Die offizielle Mitteilung über die Sperrung der thüringischen Zuschüsse, sobald das Antwortschreiben der thüringischen Regierung auf den letzten Brief des Reichsinnenministers in Berlin eingetroffen ist. Praktisch ist die Sperrung insofern bereits in Kraft, als der am 28. Mai für Juni fällige Polizeizuschuß nicht angewiesen wurde. Die Anweisung unterließ wegen des Konflikts zwischen Reich und Thüringen und konnte umsonst unterbleiben, als Thüringen bereits mehr Zuschuß erhalten hat, als ihm eigentlich zusteht. Es hat sein Zahlungskonto seit dem vergangenen Jahre um ungefähr 150 000 Mark überzogen, ein Betrag, der etwa der unter normalen Verhältnissen an Thüringen zu zahlenden Staatsratsatz ausmacht. Buchmäßig soll der Vorbehalt an die thüringische Regierung bereits verrechnet sein, juristisch ist er jedoch noch nicht. Wird der Reichsinnenminister auf die Rückzahlung bestanden, wenn Mitte dieser Woche die Sperrung der Zuschüsse offiziell wird?

Die „Germania“ wird endlich klug

Berlin, 3. Juni. (Eigener Funkenbericht.)

Das Berliner Organ des Zentrums, die „Germania“, die zu dem Reichsinnenminister enge Beziehungen unterhält, schreibt zu dem Konflikt zwischen dem Reich und Thüringen ansatzlos der neuesten Woge des thüringischen Staatsministeriums an Dr. Birich unter anderem folgendes: „Man will in Weimar Obstruktion im Verkehr mit dem Reich treiben und die Deutsche Volkspartei, die sowohl in Berlin wie in Weimar in der Regierung sitzt, bringt das bewundernswürdige Kunststück fertig, in einem Teil gegen ihr eigenes Selbst zu opponieren.“ „Nachdem die „Germania“ festgestellt hat, daß es den Nationalsozialisten nur darauf ankommt, agitatorisch zu wirken, schreibt sie weiter: „Jede weitere Hinauszögerung einer klaren Entscheidung müßte dieser Agitation nur immer neues Wasser auf die Mühle treiben. Der Staatsgerichtshof wird wissen, daß er bei dem Urteil, zu dem ihn im Falle einer Sperrung der Polizeizuschüsse das thüringische Kabinetts zwingen will, gerade diese Zusammenhänge berücksichtigen müssen. Die Nationalsozialisten können sich der Hoffnung hingeben, daß eine rein formal juristische Stellungnahme des Staatsgerichtshofes zu ihren Gunsten ausfallen könnte. Darum betonen wir, daß die Aufhebung der Sperre in diesem Falle wirksam nicht ein politisches Faktum, sondern ein sehr handgreifliches politisches Realitäten sind. Es geht nur darum um die Autorität des heutigen Staates und seiner obersten Organe.“ „Je schneller man den Nationalsozialisten das Handwerk legt, um so besser für den Staat und seine Autorität.“

Um letztere allein geht es in diesem Konflikt zwischen Thüringen und dem Reich.
Der Vorgänger des Reichsinnenministers hat das wie das Blatt „Germania“ ziemlich offenkundig festgestellt. Schon vor Monaten erkannt und entsprechend behandelt. Wenn die Autorität des Staates in diesem Jahre in Mitleidenhaft gelitten worden ist, dann trägt das Zentrum daran einen großen Teil. Gleichwohl die unzulänglichste Regierung der Welt mag gebenden Persönlichkeiten gegen die thüringische Blockade...

Die Arbeitskrise in Neu-

York, Mitte Mai. (Eigener Bericht.)

Die Hoffnungen, mit denen die Millionen amerikanischer Arbeiter auf den Frühling gemartet haben, sind bitter enttäuscht worden. Bis auf eine leichte Saisonbesserung in den Industrien ist die Lage auf den amerikanischen Arbeitsmärkten fast unverändert geblieben. Trotz aller offiziellen Berichtigungsversuche kann nicht oft und nicht stark genug vor unüberwindlichem Optimismus in der Beurteilung der amerikanischen Wirtschaft- und Arbeitslage gewarnt werden. Jetzt, die bitteren Härten des Winters vorbei sind, gehört die Welt, wenn man den überaus vorsichtig formulierten Worten leitenden Bundesbehörden glauben darf, natürlich endgültig Vergangenheit an. Wenn in hunderttausend Familien heute Arbeitslosigkeit gesprochen wird, so nur in Milliarden, mit sentimentalen Bedauern und dem Wunsch, daß so etwas in Götterlande der Freien und Gleichgen nicht wieder vorkommen darf. Mit diesen frommen Wünschen erschöpft sich aber auch

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Ohne weiteres soll zugestanden werden, daß die Gesegentwürfe des Senators Wagner, die die Billigung des Bundesgesetzes gefunden haben, den Weg für eine bessere Zukunft bahnen. Wo die Arbeitslosen trot und obdachlos auf den Straßen herumirren, wo private Arbeitsvermittlungsbüros Kleinsummen für den letzten Cent der Hilflosen ziehen, wo Entlassungen neuer Eingestellten nach wenigen Tagen zu den Selbstverpflichteten gehören, um den Agenturen und den mit ihnen verbundenen Betrübten neue Verdienstmöglichkeiten zu schaffen, ist die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung weiter als das Zustandekommen, daß es mit dem alten Bundesgesetz nicht weiter geht. Die Gesetze sehen neben der Billigung eines Arbeitslosenfonds von 150 Millionen Dollars die Schaffung kostenloser Arbeitsnachweise und eines Bundesgesetzes zum Studium der Arbeitslosigkeit vor.

Über diese gesetzlichen Maßnahmen hinaus ist das Interesse der Nation an den Arbeitsproblemen nur akademisch. Man schließt sich in langweiligen Konferenzen und nichtspitzen Meetings. Es ist eine bittere Ironie, daß das reichste Volk der Welt und seine Untertanen diesen Problemen hilflos gegenüberstehen und sich mit ihnen wie mit einer gottgegebenen Last abfinden. Die Resultate sind trotz aller Lobgebänge auf amerikanische Wirtschaftstätigkeit, aller Verleistungen und amtlichen Berühmungen auch banal. Das statistische Bundesamt bezifferte die amerikanische Arbeitslosenarmee Ende April auf fünf Millionen Menschen und das statistische Amt der Harvard-Universität auf sechs bis sieben Millionen. Bei dem völligen Mangel an Hilfsmitteln für die Arbeitslosen schliegen diese Ziffern, wie sie auch in Wirklichkeit sein mögen, ein ungeheures Maß an Not in sich ein. Im Angesichte dieser Dinge übertrifft das statistische Bundesamt die amerikanische Öffentlichkeit mit der Feststellung, daß sich die Arbeitslosigkeit im April um einen, sage und schreibe einen Prozent gegenüber dem Vorjahr hat erhöhen lassen. Nach den Berichten der Leiterin des Arbeitsdepartements Staates New York, Miss Perkins, entspricht diese lächerlich geringe Besserung nicht einmal den Tatsachen. Vom Oktober 1929 bis zur Zeit der sensationellen Berletrags mit ihren katastrophalen Auswirkungen, bis zum März ist die Anzahl der in Neu York beschäftigten Arbeiter um über 10 Prozent gesunken und im April fiel diese Beschäftigungsziffer noch um weitere 1,5 bis 2 Prozent. Die Berichte stützen sich auf die monatlichen Ziffern von 700 führenden New Yorker Fabrikbetrieben, die einen guten Durchschnitt der allgemeinen Lage und zeigen, daß nicht nur keine Besserung, sondern eine ausgesprochene Verschlechterung im führenden Staate der Union zu bezeichnen war.

Sozialökonomischen und die allgemeine wirtschaftliche Unruhen ihre Schatten auf diesen unbefriedigenden Zustand werfen. Überdies darf nicht außer acht gelassen werden, daß einzelne Industrien wie die Kohlenindustrie, schon seit Jahren in der englischen, schweren Krisen durchgemacht, die sich nicht zuerst auf die Arbeiter auswirkten. Die Schwierigkeiten der Kohlenindustrie werden zudem durch die technische Entwicklung gefördert, die mit jedem Tage mehr und mehr auf die Straße wirft. Ein Beispiel dieser unerhörten technischen Entwicklung mag genügen. Die Butler Consolidated Company hat jenseit nach zwei Jahren die Umstellung einer Gruben bei Pittsburg auf maschinelle Kräfte vollendet und damit einen Betrieb geschaffen, der die ganze Welt mit Kohlen vor dieser Leistung erfüllen muß. Vom Schmelzen der in den diesen Schächten bis zu ihrer Förderung über Tage ihrer Verladung ist alles eine einzige Maschinenkette, ein einziges Wunderwerk, ein riesiges Spielzeug aus dem amerikanischen Maschinenbaukasten. Der Film des maschinellen Kohlenwertes wird dem kommenden amerikanischen Bergbaukongress in allem nötigen Drum und Dran vorgeführt werden.

Unnötig, darauf hinzuweisen, daß diese Entwicklung mit der Leistung junger und alter Bergarbeiter bezahlt wird. Bei der Belegschaft von 350 Mann wird sich die bisherige durchschnittliche Förderungsleistung um fast das Fünffache steigern, natürlich wieder zur Entlastung des größten Teils der Belegschaft führen muß. Aber die verbleibenden Arbeiter sind ja keine Vergleute mehr, sondern nur noch Schlichter, die für das ungestörte Arbeiten der Maschine zu haben haben. Die von Maschinen gehauene Kohle wird überträgt nicht mehr mit der Hand bedient, sondern in einem bis kleinsten durchdachten Vorgang gefördert, verteilt, nach den verschiedenen Graden und Größen sortiert und endlich auf die stehenden Waggons verladen. Die Beladung eines fünfminütigen Waggons nimmt bei gleichzeitiger Ausförderung der gewöhnlichen Grabe und Größen nur noch wenige Minuten in Anspruch. Die Produktion kann auf diese Weise beliebig erhöht werden, wobei nicht ganz verständlich ist, was eigentlich dieser Superproduktion angefangen werden soll. Das Ende der Welt ist auch im Bergbau Wahrheit geworden, der Bergarbeiter wie sein Kollege über Tage ist nur noch ein Leinwollen-Sklave der allmächtigen Maschine.

Der neuartige Maschinenbetrieb hat der Gesellschaft die Summe von vier Millionen Dollar gekostet, die natürlich irgendwo wieder eingezogen werden müssen. Das einzige Verhängnis ist, daß durch die alles überschattende Sorge um das Übergehen der Maschine auch das Leben der Bergarbeiter viel schlechter als ehedem erscheint. Hier ist das Paradox Wahrheit geworden, daß die Maschine die Unternehmer zu größeren Sicherheitsmaßnahmen zwingt als sie je der Arbeiterkraft freiwillig zustanden hätten. Wie jedoch in diesem rasanten Entwicklungsstadium der Welt die Arbeitslosigkeit Einhalt geboten werden kann, ist etwas, worauf die führenden Staats- und Wirtschaftshäupter Amerikas außer hüßigen Phrasen von Ueberleitung andere Industrien keine Antwort wissen.

Der Diplomatenklub vollzogen

Kritisch wird mitgeteilt:
Der Herr Reichspräsident hat die in Aussicht genommenen Ernennungen für die Botschafterposten in London und Rom, sowie für den Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes vollzogen.
Botschafter St. James in London wird am 1. Oktober dieses Jahres in den Ruhestand treten. Zu seinem Nachfolger ist Botschafter in Rom Reichher von Neurath und zum Botschafter in Rom der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Gumbert und zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Herr Dr. v. Billow ernannt worden. Herr Dr. Gumbert wird die Geschäfte des Staatssekretärs seinem Nachfolger in der zweiten Hälfte des Juni übergeben.

Na ja, deutsche Parteijustiz

100 Mark für einen Verleumdung Otto Brauns

Halle, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.)
Der verantwortliche Redakteur der deutschen nationalen „Sozial-Zeitung“ in Halle, Dr. Eise, wurde wegen Verleumdung des preussischen Ministerpräsidenten am Montag in der Berufungssinstanz zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 400 Mark Geldstrafe beantragt. Das Urteil stützt sich auf eine Entscheidung des Reichsgerichts.
Als seinerzeit das Konkordat zwischen Preußen und der katholischen Kirche kurz vor seinem Abschluß stand, nahm der politische Redakteur der deutschen nationalen „Sozial-Zeitung“ gegen die Sozialdemokratie in der unerhörtesten Weise Stellung. Die Politik des preussischen Ministerpräsidenten wurde als nachteilig, schamlos und verächtlich bezeichnet. Weiter hieß es in dem Artikel in bezug auf den preussischen Ministerpräsidenten Otto Brauns, ein Abgrund von Gefährlichkeit, Verleumdung und Wahrhaftigkeit, Ueberzeugungstreue und Ehrlichkeit habe sich hier aufgetan. Von dem großen Schöffengericht in Halle waren diese Redewendungen seinerzeit zwar als schwere Beleidigungen erklärt, aber wegen Mangel an beweistlicher Interessen als nicht strafbar angesehen worden.

Rupprecht redet

München, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.)
Die bayerischen Monarchisten veranstalteten nach längerer Pause in Amberg (Oberpfalz) wieder einen sogenannten Weis-Blau-Tag mit dem Kronprinzen Rupprecht als Hauptredner. Vom Balkon des Rathhauses herab richtete er seine andächtigen Zuhörer mit historischen Erinnerungen an seine Vorfahren, denen es wie er sich behauptet — durch all die Jahrhunderte hindurch Pflicht gemessen sei, ehrlich und treu dem Lande, zu dessen Herrschaft das Geschlecht der Wittelsbacher berufen gewesen sei, zu dienen. Er vergaß aber hinzuzufügen, daß verschiedene Herrscher seines Hauses zu gewissen Zeiten das Ausland lieber vor als die Heimat, daß die armen bayerischen Unterthanen unter den Steuerlasten, die eine Folge des ungeheuren Luxus waren, den Edle aus dem Hause Wittelsbach im Ausland trieben.
In die Tagespolitik griff der prinzipielle Redakteur ein mit der Äußerung seiner Freude über die Befreiung der Pfalz von der fremden Besatzung. Aber auch hier vergaß er zu erwähnen, daß dieser große nationale Erfolg in erster Linie dem politischen Willen der deutschen Sozialdemokratie und nicht dem gegenwärtigen bayerischen Ministerpräsidenten zu danken ist, der sich in dieser Frage zur größten Befürzung der pfälzischen Bevölkerung im Reichstag der Stimme enthalten hatte.

Keine Regierungskrise in Bayern

München, 3. Juni. (Eigener Bericht.)
Die bayerische Regierungskoalition wird vorläufig zusammenbleiben, ohne daß der bayerische Bauernbund bisher seinen Widerstand gegen die Schicksalssteuer aufgegeben hätte. Man beachtet, demnach ist der Etat nochmals zu überprüfen und Möglichkeiten zur Deckung des laufenden Defizits zu suchen.

Ludendorffs neuester Blödsinn

Hiel, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.)
In Schleswig-Holstein veranstaltete Ludendorff ein „Achtungsgesetz“, das eine Nachahmung aller Zusammenkünfte der Bewohner der Nordmark sein sollte, aber zu einer bizarren Komödie wurde. Einige hundert Bayern, unter denen die Vandoitführer und die Bombentäter nicht fehlten, waren die Zuhörer von Eisch und Mathilde Ludendorff. Alles deutsche Unheil, predigte Ludendorff, rührt von Karl dem Großen her, der das verübte Christentum in Deutschland eingeführt habe, statt bei Wotan zu bleiben. Kein Wunder, daß es deshalb zum Weltkrieg gekommen sei, der durch die Intrigen des Papstes, der Freimaurer und der Sozialisten natürlich verlorzen gegangen sei. Die Richtungen, die heute um die Gestaltung des Staatslebens kämpfen, Sozialismus, Faschismus, Leninismus, seien alles eins. Hinter allem stehe der Papst.
Die Bayern haben sich diesen Blödsinn angehört, ohne den General wegen Unzurechnungsfähigkeit von der Rednertribüne zu jagen.

Neue Rebellion in der SPD.

Halle, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.)
In Eilenburg ist der unbesoldete kommunistische Stadtrat Michaelis aus der SPD. ausgeschieden worden. In der letzten Stadtverordnetenversammlung erklärten sich sechs Stadtverordnete der SPD. mit Michaelis solidarisch. Sie wollen künftig als kommunistische Opposition auftreten. Die linientreue SPD., die bisher aus acht Stadtverordneten bestand, zählt jetzt nur noch zwei Mitglieder.

Die Räumung

Die Flugzeuge des 33. am Rhein stehenden französischen Fliegerregiments haben das Rheinland am 1. Juni verlassen. Sie sind auf die Garnisonen Tours, Nancy und Chalons verteilt worden.

Verheulte Studentenschaft gegen Professorenschaft

Was die Studenten Jena für Wissenschaft halten
Jena, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.)
Der „Studentenausschuß“ der Universität Jena hat vor einigen Tagen an den Rasse-Kristaller Dr. Günther anlässlich seiner Berufung an die Universität Jena ein Glückwunschschreiben gerichtet und ihn als „führenden Wissenschaftler“ gefeiert. Der Rektor der Universität antwortete auf diese Prostration des Senats mit einem Anschlag am schwarzen Brett der Universität, in dem es u. a. heißt: Der Studentenausschuß habe sich in die, zwischen Landesregierung und Universität schwebende Meinungsverschiedenheit eingemischt. Damit habe sie gegen den Rektor und Senat öffentliche Stellung genommen. Gegen die Urheber des ganz ungemäßen Schrittes, der auf einer völligen Verkennung der Stellung der Studentenschaft innerhalb der Universität beruhe und das Vertrauensverhältnis zwischen akademischen Behörden und Studentenschaft auf das Bedenklichste störe, würden die nach den Gesetzen für die Studierenden gebotenen Mittel angewandt werden.

Heut rot, morgen weiß

Der Arbeitermörder ein früherer Kommunist
Wien, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.)
Der Heimwehrmann, der am Sonntag in Dunkelstein bei einem Ueberfall auf Arbeiter 4 Schüsse abgab und zwei Arbeiter schwer verletzete, ist am Montag verhaftet worden. Der Schiebold ist ein ehemaliger Kommunist, der im Jahre 1918 in Ungarn als Mitglied der Roten Armee der Rätebürokratie gebildet hat, später in der österreichischen kommunistischen Bewegung tätig war, sich schließlich der Sozialdemokratie angeschlossen und sich noch vor einigen Monaten in einem Brief an einen sozialdemokratischen Abgeordneten als von den Heimwehrleuten verfolgt hinstellte. Als sein Aufenthalt in Wien von der Sozialdemokratie abgelehnt wurde, ging er zur Heimwehr.

Ein Sozialdemokrat auf leere Denunzationen verhaftet

Sing, 2. Juni (Eigener Drahtbericht).
Am Montag wurde in Dunkelstein, wo Angehörige der Heimwehr am Sonntag mehrere sozialdemokratische Arbeiter überfielen und zum Teil schwer verletzten, auch ein sozialdemokratischer Arbeiter verhaftet. Die Verhaftung des Arbeiters, dessen Personalien bisher nicht bekannt gegeben worden sind, erfolgte auf Grund von Denunzationen der Heimwehr. Sie behauptet, daß der Arbeiter ebenfalls schuldig gewesen sei, ohne daß dafür bisher auch nur der geringste Beweis erbracht worden wäre.

Neue Heimwehblut

In dem niederösterreichischen Ort Dunkelstein bei Neuförden wurden mehrere Personen von Heimwehblut überfallen. Ein Arbeiter wurde durch einen Bauchschuß schwer verletzt, ein anderer erhielt einen schweren Schuß in den Kopf. Mehrere Arbeiter trugen leichte Verletzungen davon. Als die Heimwehblut ihr Werk vollbracht hatten, ergriffen sie die Flucht. In dem Orte Wimpasing wurden sie jedoch gestellt. Es wurden mehrere Revolver beschlagnahmt und einige Heimwehrleute festgenommen.

Baldwin abgebligt

Sein Antrag gegen das Seeabkommen abgelehnt
London, 2. Juni.
Baldwin hat im Unterhaus heute den Antrag der Opposition eingebracht, einen Ausschuß zu ernennen, der über die Vor schläge zu einem Abkommen der Seemächte zu berichten haben würde. Er soll das Recht erhalten, Personen vor sich zu laden sowie Dokumente und Archivalien zu prüfen. MacDonald lehnte den Antrag Baldwins ausdrücklich ab. Lambert sprach dann im Namen der Liberalen und unterstützte die Regierung.

London, 2. Juni.
Das Unterhaus hat den bereits gemeldeten Antrag Baldwins auf Ernennung eines Ausschusses, der über die Vor schläge zu einem Abkommen der Seemächte Bericht erstatten sollte, mit 282 gegen 201 Stimmen abgelehnt.

Attentat auf Ardieu?

Paris, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.)
Die gerichtliche Untersuchung der Ursache der Eisenbahnkatastrophe in Montereau hat bis Montagabend noch zu keinem Ergebnis geführt. Immerhin sind die Behörden überzeugt, daß es sich um ein Attentat handelt, das wahrscheinlich sogar gegen den Ministerpräsidenten gerichtet war. Am Montag sind sämtliche Unternehmer, die mit Reparaturarbeiten an der Strecke beschäftigt waren, über die Zusammenkunft und die Stimmung ihrer Arbeiterschaft vernommen worden. Auch diese Bemühungen hatten keinen Erfolg.
Die sieben Verletzten der Katastrophe, die im Hospital von Montereau untergebracht sind, befinden sich auf dem Wege zur Besserung. Drei von ihnen, Engländerinnen, konnten bereits am Montag ihre Reise nach der Riviera fortsetzen.

Ein faschistischer Frechling aus Frankreich ausgewiesen

Der Führer der italienischen Faschistengruppe Rizza, ein gewisser Rotari, ist von der französischen Regierung ausgewiesen worden. Der überdrehtige Faschist hatte in privater Annexion Rizza bereits zur italienischen Provinz erklärt. Er hatte bei der Hochzeitsfeier des italienischen Kronprinzen eine Delegation junger italienischer Mädchen aus Rizza nach Rom geschickt, damit diese dort am Triumphezug der italienischen Provinzen das „annectierte Rizza“ vertreten konnten.
Die Demonstration, die natürlich nicht geheim bleiben konnte, hatte in Rizza lebhaften Protest ausgelöst. Acht Tage sind ihm Frist gegeben worden, um seine Reise in das Paradies Mussoliniten anzutreten.

Keine sozialistische Regierung in Schweden

Stockholm, 2. Juni (Eigener Drahtbericht).
Die schwedische Sozialdemokratie wird die Neubildung der Regierung voraussichtlich ablehnen. Es ist daher mit einem freisinnigen Kabinett Wikman zu rechnen.

Polnisch-litauischer Grenz Zwischenfall

Warschau, 2. Juni (Eigener Drahtbericht).
In der Nähe von Suwalki an der polnisch-litauischen Grenze wurde — wie die Warschauer Presse am Montag-Abend meldet — in der Nacht zum Sonntag eine polnische Grenzpatrouille von den Litauern heftig beschossen. Ein polnischer Unteroffizier wurde verletzt. Bisher konnte noch nicht festgestellt werden, ob die Schüsse von litauischen Grenzsoldaten oder von Schauls-Banden abgegeben worden sind.

Amnestie in Palästina

Die Regierung von Palästina hat bis auf drei die bei den Augustunruhen zum Tode verurteilten Personen anlässlich des bevorstehenden Geburtstages des englischen Königs amnestiert. Die Verwaltung von Palästina will ihre Maßnahme als Zeichen ihrer Friedfertigkeit und als Beweis dafür betrachten wissen, daß sie mit der palästinenesischen Bevölkerung zusammenarbeiten will.

Ausdehnung der indischen Bewegung

Bombay, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.)
Die Massen der Gandhi-Bewegung schienen seit Montag auf eigene Faust zu operieren. Die Bewegung gegen die anglo-indische Regierung verbreitete sich wie Flugand über die Dörfer Indiens und trägt das Schwerkrieg der Kämpfe von den Städten auf das Land. Die Bauern beginnen mit der Verweigerung der Steuerzahlung. Die Regierung in Bombay betrachtet die Lage ernst als vor einigen Tagen. Es wird von ihr erwogen, den Kriegszustand über gewisse Zonen zu verhängen, falls die Freiheitsbewegung nicht binnen drei Wochen ein Ende findet. Bisher hoffte man mit dem Ausnahmezustand über die heurruhigten Städte auszukommen.

Wasserstand

	2.6	2.6		2.6	2.6
Ratibor.....	1.14	1.18	Kanien (Unter-Wege) ...	2.00	2.08
Relle (Sud).....	0.83	0.81	Dorffersdorf	1.24	1.28
Neilemündung (Unt-Wege) 1.62	1.60	Wittkühnen (Sudmündung) ...	0.74	0.77	
Brieg (Waldschan)	1.80	2.02	Jüdenberg n. 2.6	0.39	
Triefeln	0.07	1.01	Wasserwärme + 20,5 °		

Bank der Arbeiter
FILIALE BRESLAU

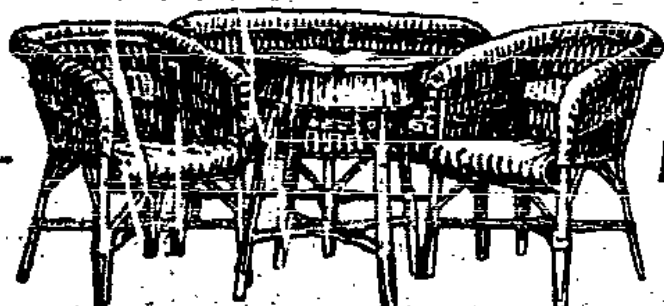


Morgen:
Das zweite
riesig billige
Koffer-
Angebot

Aus Fabriklagerbeständen
und persönlich. Einkäufen
fest, stabil
gearbeitete

Reise- u. Kupeekoffer

- In allen richtigen Größen und Formen
weil mit kleinen Schönheitsfehlern
zu folgenden Gelegenheits-Preisen:
- Reise- u. Kupeekoffer in erstklassig. Fabrikat, mit Ecken, Griff u. Schiene, kl. Schönheitsfehl., b. Gr. 75, durchw. St. 3.25
 - Holzbugelkoffer mit Hartplatte, mit 2 umgehenden Holzbugeln, Nickelschlösser, Nickelbeschläge u. Schiene, Traggriff, kl. Fehl., b. Gr. 80, durchw. St. 5.95
 - Kupeekoffer Lehma-Vulkan mit umgehender Schiene, 2stark. Nickelschlösser, Gurten sowie echt. Vulkanecken, kl. Fehl. Serie III Stück 5.50, Serie II Stück 4.95, Serie I Stück 3.95
 - Holzbugelkoffer aus Lehma-Vulkan, glatt rotbraun, mit 2-3 umgehenden Holzschienen, Nickelbeschlag, sowie Nickelschlösser, 1a Vulkanecken und Traggriffe, mit unweil. u. kl. Fehlern, bis Gr. 80, durchweg St. 8.50
 - Einige hundert Stadtkofferchen in blau, braun und gelb, mit Stofffutter Stück 1.95, 3.75 ohne Stofffutter Stück 3.25
 - Ein kleines Quantum eiserner echte Vulkan-Fiber-Koffer auch als Stadtkofferchen zu verwenden, in besserer Verarbeitung, mit kl. Fehlern, bis Größe 40, durchweg St. 3.50



Extra-Angebot!

Korb- und Gartenmöbel

- Feldstühle roh und lackiert, sehr stabil gearbeitet, mit festen Bezügen. Stück 1.95, 1.65, 1.25, 1.10 95 Pf.
- Klapphocker für Reise, Jagd und Ausflügler besonders geeignet, roh und lackiert mit und ohne Rückenlehne. Stück 4.95, 3.45 2.75
- Liegestühle orangefelb gebeizt oder naturfarbig geölt mit starken farbigen Juteleutern, Stück 4.95 3.95
- Liegestühle mit Armlehne, orangefelb gebeizt oder naturfarbig geölt, mittelfest, guter Bezügen, Stück 6.75 4.95
- Liegestühle mit Armlehne u. Fußstütze, hell lack. od. naturfarbig geölt, mit 1a Bezug, 14.75, 10.75, 8.75 7.50
- Liegestühle erstklassig konstruiert, durch Körpergewicht in jede Lage verstellbar, hell geölt od. naturfarbig lackiert, mit extra starkem Läuferbezug 21.00, 18.50, 14.95 11.50
- Weidenhocker in 1a stabiler Verarbeitung, gute, weiße Qualität. Stück 2.95
- Weidenkorb-Bänke pa. weiße Weide mit starkem Wulstrand oder Knopfverzierung. Stück 25.50, 17.00, 15.00 11.95
- Weidenkorb-Sessel in 1a weiß. Qualität, starker Wulstrand mit Knopfverzierung u. guter Verarbeitung. Stück 10.75, 8.50, 7.50, 5.95 4.95
- Korbische vierrecker Holzplatte, Stück 14.75, 9.75, 8.75 7.75
- Korbische in einfach., solid. Verarbeitung, 60 cm Durchmesser Stück 6.25, 50 cm Durchmesser Stück 5.75 5.75

Eisen-Gartenmöbel

mit extra starkem Untergestell, grün lack., Holzteile eichenfarb. lack.

Stuhl	Sessel	Bank	Tische
4.75	8.95	11.50	12.50 14.50

Bootskissen
aus bunt gemalt. Möbelstoffs, mit guter Füllung, für jeden Sitz passend zum Ausschauen durchweg Stück **50 Pf.**

Bresson's Waldschmidt
Einige hundert Rissen-Garnituren für Korbmöbel, in bester Verarbeitung, mit Knopfverzierung u. guter Füllung, volle Größe, doppelt. Möbelgarnitur 4.20, Möbelgarnitur 3.25

Bücherfreunde
sollten sich stets der täglichen Neueingänge billiger Bücher in der **Volkswacht-Buchhandlung, Breslau III, Neue Graupenstraße 5, 2. u. 3. Ebn.**

Familien-Anzeigen

Am 30. Mai 1930 verstarb die Mutter unseres Kollegen **Herrschel**
Frau Emma Herschel
im Alter von 74 Jahren 2253
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Beteiligten der Frau. Beerdigungsbillette des Fahr- und techn.-Personals der Städt. Straßenbahn Beerdigung, Dienstag, den 3. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle St. Paulus in Coal

Mittwoch, den 4. Juni 1930, 20 Uhr:

Vortrag
im Saale der
Monistischen Gemeinde
Gründerstraße 14/16 7501
Spracher: Dr. phil. O. Kramer

Thema: „Religion und Wissenschaft“
Eintritt frei! Jedermann hat Zutritt!

Mein Büro befindet sich jetzt
Reuschestraße 1
Eingang Herrenstraße Fernspr. 291 48

10369 **Neffel**
Rechtsanwalt und Notar

Best bewährt seit Jahren
Adamynin
bei Rheuma, Nervenleiden etc.
In allen Apotheken erhältlich
Carl Adamy, Blücher-Platz 3
9766 (Mohren-Apotheke)

Friedrich
Breslau, Klosterstraße 39
Fernruf 29820
übernimmt sorgfältig Ausführung von
Erd- und Feuerbestattungen
Gr. Sarglager - Auto- u. Wagenstellung
Überführungen durch Spezialauto!
Mäßige Preise. Kostenlose Beratung.

Auch Sonn- u. Feiertage
telefonisch erreichbar

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffend. Volkes. Preis 35 Pf.
Zu bestellen bei all. Zeitungsträgern

Ich verreise am 8. Juni auf 2 Wochen
Dr. Steinberg.
Reihe und Marine-Blücherstraße 1173
6.75, 4.95 etc., hochlegant
Friedländer, Sonnenstraße 30

Tausche Harmonika, 3 reibig
in Lautsprecher-Anlage
B. 816 a. d. Geschäftst. d. Ztg.

Benutze die Buchkarte!
für 50 Pf. wöchentlich
kannst Du Dir geistige Schätze von unermesslichem Wert erwerben!
Wende Dich sofort an unsere
Buchhandlung
Neue Graupenstraße 5

Kleiderwagen-Steppdecken
Kunstleide, 3.50 etc.
Büchlein 1.70
Steppdecken-Koverts
eleganter, nur 1.75 etc.
G. Friedländer, Sonnenstr. 30

Benutze die Buchkarte!
für 50 Pf. wöchentlich
kannst Du Dir geistige Schätze von unermesslichem Wert erwerben!
Wende Dich sofort an unsere
Buchhandlung
Neue Graupenstraße 5

Kleiderwagen-Steppdecken
Kunstleide, 3.50 etc.
Büchlein 1.70
Steppdecken-Koverts
eleganter, nur 1.75 etc.
G. Friedländer, Sonnenstr. 30

Möbel
ohne Anzahlung
bei niedrigster Ratezahlung
Offerten unter A. 2247 an
„Volkswacht“ Faxstr. 4.

Bertine
Möbel, Plüsch, Stoffe,
Bettwäsche, etc.
Preis 35, 60, 75, 95 etc.
Friedländer, Sonnenstraße 30

Zu der „Volkswacht“ haben
Stellen-Angebote
Infolge ihrer großen Verbreitung in Wirtschaftskreisen besten Erfolgs

Am 31. Mai verschied unser Kollege, der ehemalige
Gießerarbeiter und Pensionär
Karl Heinzel
im Alter von 70 Jahren.
Ein dauerndes Andenken bewahren ihm
Die Kollegen und Kolleginnen
der Firma **H. Heinicke A.-G., Breslau-Carlowitz**
Die Beerdigung findet am 4. Juni, nachmittags 16 1/2 Uhr, in Oswitz, Halle II, statt. 2254

7.-14. Juni 1930
13. Volkswohl-Lotterie
Höchstgewinn auf ein Doppellos 150 000 Mk.
„ „ „ Einzellos 75 000 „
Bargeldauszahlung 90%
Lospreis: Doppellos 2.- Mk., Einzellos 1.- Mk.
Porto und Liste 35 Pfg. extra. Nachnahme teurer.
Postsch. 3612 **Ludwig I. Fa.** Postsch. 3612
B. Klement
Altestes Spezial-Lotterie-Geschäft Schlesiens
Breslau 1, Ring 22

Stadt-Theater
(Opernhaus)
Dienstag 22.1
20 bis nach 22.30 Uhr
Abonn.-Vorst. F 20
Die Schwalbe
Mittwoch
20 bis 22.45 Uhr
Abonn.-Vorst. G 20
Die lustigen Weiber von Windsor
Donnerstag
20 bis gegen 23 Uhr
Aida.

WAPPENHOF
Heute Dienstag
sowie täglich außer Sonnabend:
Gr. Nachm.-Variété-Vorstellung
mit dem internationalen Juni-Programm.
Eintritt 30 Pf. (Bei schönem Wetter im Garten).
Ab 8 Uhr: **Abendvorstellung mit Ball**
2 Kapellen / Eintritt einschl. Ball 50 Pf.

Druckerei Volkswacht Ausführung aller Drucksachen
Breslau 2 Freitag 4/16

Sobe-Theater
Telefon 56747
Täglich 20.15 bis 22.10
Das Lamm des Hirten
Tragikomödie von Stefan Zweig
Thalia-Theater
Täglich 20.15 bis 22.20
Der klügliche Seitertzeitungsleiter
Der Mustergatte

Luna-Park
Breslau-Morgenu
Tele. 55604
Straßenbahn-Verbindung bis zum Lunapark
Heute Dienstag sowie täglich:
Konzert der Hans Sagerer-Kapelle
mit ganz neuem Programm
Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pf.
Anschließend spielen Hans Sagerer mit Michel Holz, Leopold Nimmhaus im Sternensaal zum beliebigen 11383
Verkehrten Ball
Donnerstag, den 5. Mai:
Großes Kinderfest
Jedes Kind erhält ein Geschenk.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36300
Täglich 8 Uhr
Franz Lehars
Frühlingsmädel
Operette in 3 Akten
von Rud. Eger
Ermäßigt absonstige Preise!

Der Wahre Jacob
Preis 30 Pf. Preis 30 Pf.
Sozialdemokratisches Witzblatt
Zu haben in den Volkswacht-Buchhandlungen und bei den Zeitungsträgern

LIEBICH
Aus ganzem Herzen-Lachen Sie im Wiener
Theater d. Komiker
Völlig neues Programm
Täglich 8 1/2

Der neueste
Jack London
Die Fahrt der Snark
ist erschienen und zu haben in den
Volkswacht-Buchhandlungen
Breslau, Neue Graupenstraße 5, Flurstraße 4
Friedrich-Wilhelm-Straße 105.

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Ziehungsbeginn
Pling! Pling!
Ziehung 7.-14. Juni
die letzten Lose
Große Volkswohl-Lotterie
Für 1.- Mk. (Porto u. Liste) gewinnen Sie
25 000 Mk.
Auf Doppellos zu 2 Mk. - doppelten Gewinn!
Arndt Verkauft auch gegen Nachnahme
Lotterie-Debit Breslau 2, Tauentzienplatz
gegenüber Wertheim
Postsch. No. Breslau 87465

Bürgerliche Aemterverteilung im Stadtparlament

Sozialdemokratische Fraktion läßt Sitzung aufliegen

Der Oberbürgermeister mit nur wenigen Stimmen wiedergewählt - Drei neue Stadträte - Höhere Gebühren für städtische Bäder... Feste für die Bewohner der Unterkunfts Häuser auf der Viehweide und in der Bergstraße - Festlegung von Einzel-Haushaltsplänen... Subventionierung der Reichswehr - Sozialdemokraten und Kommunisten verlassen den Saal - Deutschnationaler Stadtverordneter Professor von Hohenzollerns Gnaden - Der neue „gute Deutsche“ in der Zentrumsfraktion

Der Bürgerblock hat gestern seine Aemterverteilung vorgenommen. Für die drei Stadträte Schmidt, Tobler und Fuchs... Der Oberbürgermeister Dr. Giebler, der Volksparteiler Fuchs und der Zentrumsmann Dr. Wolf gewählt. Nachdem die Sozialdemokraten das mitgemacht hatten, wurden sie durch die Wiederwahl von Oberbürgermeister Dr. Wagner belohnt...

vorgeschlagen hatte. Er erhielten Kühn 49, Ziegler 31 und Jolla 2 Stimmen. Die drei vorgeschlagenen Kandidaten hatten also im 1. Wahlgang die absolute Mehrheit auf sich vereinigt und waren damit gewählt. Für den Posten des 1. Bürgermeisters hatten sich die Bürgerlichen auf Wiederwahl des Oberbürgermeisters Dr. Wagner geeinigt...

Die Bürgerblockpolitik

Am recht sinnfällig bei einem Magistratsantrag zum Ausdruck, in dem verlangt wurde, den Bewohnern der Unterkünfte auf der Viehweide und in der Bergstraße für die durch die Feuchtigkeit der Wohnungen entstandenen Schäden 865 Mark zu vergüten...

Gegen die hohen Eintrittspreise in den städtischen Bädern

Einen sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag, die Eintrittspreise in den städtischen Bädern nur in der vorjährigen Höhe zu erheben, begründete Stadtverordneter Lindner (Soz.). Er stellte fest, daß mit der Eröffnung der Bäder am 15. Mai auch eine Erhöhung der Eintrittspreise durch den Magistrat vorgenommen worden ist...

Stürmischer Widerspruch der Sozialdemokraten

aus. Sofort suchte Stadtkämmerer Dr. Friedel die unhaltbare Magistratspolitik mit dem Einwand zu verteidigen, daß bei Erhebung der vorjährigen Preise eine Mindereinnahme von 100 000 Mark zu verzeichnen sei.

Beratung der einzelnen Haushaltspläne

Bei der Beratung der einzelnen Haushaltspläne wurden zunächst ohne Aussprache die Etats folgender Verwaltungen vorläufig festgesetzt: Hafen, Marktwesen, Kanalisationswerte, Kieselgüter, Jahrhunderthalle und zugehöriger Anlagen, Schülerinnenheim der Frauenberufsschule, Stadtbibliothek und Archiv, Hospitalgüter, Hospitalforten, Allerheiligenhospital-Apotheke, Säuglingsheim, Chemisches Untersuchungsamt, Kammereigüter, Grundbesitzverwaltung, Kammereisforten und Vermächtnisverwaltung.

Etat der Polizeiverwaltung

den der Ausschuß zur Annahme empfahl, beantragte Stadtv. Kirkein (Soz.) 2 500 Mark zuzusetzen für die Baupolizei, da durch die starke Erhöhung des Zuschusses an den Staat die kommunale Polizei fast beschnitten und unerträglich in Mitleidenchaft gezogen worden sei.

Etat der Warmbäder

festgesetzt werden. Hierbei brachte Stadtv. Kreis Pletsch (Soz.) die Abicht des Magistrats zur Sprache, das Warmbad in Dölsch-Dissa zu verpachten und frag, ob hierbei genau so selbstherrlich vorgegangen werden soll wie bei der Bäderpreissetzung.

Haushaltsplan des Kinderobdachs

beantragte Stadtv. Kaufsch (Soz.) eine Bestimmung zu schaffen, die es generell festlegt, daß in der Nacht aufgefundenen Kinder sofort in das Kinderobdach aufgenommen werden und nicht erst bis zum nächsten Tage in das Obdachlofenasyl kommen.

und die Mietrückstände niederzuschlagen. Die Sachverständigen hatten nur 20 von 120 Wohnungen besichtigt. Stadtv. Tilsner glaubte, daß gegen diesen Antrag schwerwiegendste Bedenken geltend gemacht werden müßten, denn jeder sei darauf bedacht, seinen Schaden möglichst hoch zu beziffern.

Die Empörung gab den christlichen Vertretern doch zu denken, und um sich nicht in ihrer ganzen Arbeiterfeindschaft zu präsentieren, stimmten sie dem Antrag zu, der verlangt, daß die Mietrückstände niedergeschlagen werden, so daß er angenommen wurde.

deute diese Verordnung des Magistrats eine ungeschickliche Selbstherrlichkeit, mit der der Ansicht zu erwidern versucht wird, als habe die Stadtverordnetenversammlung zu diesen Dingen überhaupt nichts mehr zu sagen. Wenn es so ginge, dann könnte der Magistrat ja auch die Werttarife, Straßenbahnpreise um nach eigenem Gutdünken festsetzen und erklären, es handle sich um ein Verwaltungsgeheimnis.

Die Sozialdemokraten verlangen, daß schon morgen diese von der Stadtverordneten-Versammlung nicht beschlossene Erhöhung rückgängig gemacht wird. Im anderen Falle werden sie sofort gegen den Magistrat ein Verwaltungsstreitverfahren anhängig machen, um ihn belehren zu lassen, daß er Gebühren nicht nach eigenem Gutdünken festsetzen darf.

Stadtv. Ihum (Dnat.) wunderte sich, daß sich die Sozialdemokraten so aufregten. In einer Anwendung von Ehrlichkeit erklärte er: „Wir haben schon ganz andere Sachen gemacht!“

Im Schlußwort unterstrich Stadtv. Lindner nochmals, daß diese Politik in der gleichen Linie liege wie die, die 70 000 Mark für Flugsubvention und 10 000 Mark für Pferderennen übrig hat und nun auch aus der ärmsten Bevölkerung für die Benutzung der Bäder Kiensummen herauszuziehen möchte.

Die Magistratsherrlichkeit erlitt mit der Annahme des sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrages eine vernichtende Niederlage.

maßnahmen getroffen werden können, stimmte die Versammlung dem Antrage zu und setzte den Haushaltsplan mit der Aenderung fest. - Beim

Haushaltsplan der Heilstätte

und des Pflegehauses in Hernsprütz beantragte Stadtv. Gossinka (Ztr.) den Betrag für die Entlohnung der arbeitenden Frauen um 3000 Mark zu erhöhen, da die alten Leute für ihre wenn auch nicht ganz vollwertigen Leistungen nur 3 bis 5 Mark monatlich

erhalten und mindestens eine Aufbesserung von 50 Pfennigen zugestanden erhalten müssen. Stadtv. Kreis Pletsch (Soz.) vertret den gleichen Antrag und wies darauf hin, daß die Frauen zur Arbeitsleistung nicht verpflichtet seien und mit einer Arbeitsniederlegung der Stadt ganz gewaltige Mehrkosten verursachen würden.

Parademarsch des Stahlhelms im Schießwerder

In einer von Sozialdemokraten unterrichteten Anfrage verlangten die Kommunisten Auskunft, ob der Magistrat das Parade-marsch-Exerzieren des Stahlhelms im Schießwerder billigt und was er zu tun gedenkt, um es zu unterbinden.

Subventionierung der Reichswehr

Dann kam der Dringlichkeitsantrag des Magistrats zur Verhandlung, der eine unerhörte Zumutung an die notleidende Stadt Breslau darstellt und mit Recht von der Linken als eine Provokation aufgefaßt wurde, die mit dem demonstrieren Verlassen des Saales die entsprechende Antwort fand.

Stadtv. Bujatowsky (Dnat.) vertret diese Magistratsvorlage, in der die Subventionierung der Reichswehr mit 1800 Mark beantragt wird. Vom 20. bis 23. Juni sollen Truppen in Breslau einquartiert werden, die nach gesetzlichen Vorschriften die Stadt unterzubringen habe. Es entstehen dadurch pro Mann 4,50 Mark Kosten, und es seien deshalb insgesamt 1780 Mark erforderlich.

Stadtv. Bujatowsky hatte zunächst so leise gesprochen, daß niemand verstand, um was es sich eigentlich handelte. Als Vorsteher Dr. Friedrich den Antrag wiederholte, von dem selbst die Fraktionsführer nichts wußten, brach

Die Versammlung endete gestern mit großem Krach durch Unzufriedenheit. Anlaß war Herr Tobler. Er wollte durch öffentlichen Beschluß 1800 Mark Zuschuß zur Einquartierung der Kaserne der Artillerieabteilung Zürlerbog der Reichswehr bewilligt haben, ohne daß die Stadtverordneten auch nur die Vorarbeiten in Händen gehabt hätten. Genosse Frey wandte sich sehr entschieden gegen diese Bewilligung. Nachdem der Bürgerblock im Jahre noch die arme Stadt Breslau, deren Bürger zum großen Teil regern müssen, für die Spielerei und den groben Unfug von 180 000 Mark zuzuschicken. Unsere Genossen verließen darauf den Saal, wodurch das Haus beschlußunfähig wurde. Der stellvertretende Vorsteher Dr. Friedrich verwies daraufhin die Sache sich aus in den Ausschuß.

Die Sitzung wurde kurz nach 17 Uhr durch den stellvertretenden Vorsteher Dr. Friedrich mit der Einführung des Geschäftsbüros des christlichen Bauarbeiterverbandes beendet. Er eröffnete, der sich schon in dieser Sitzung reichlich Mühe gab, zu zeigen, was Geistes Kind er ist. An kleinsten Vorlagen wurde zunächst beschlossen, der Gemeinde Domschau eine in ihrem Gebiet liegende, aber der Stadt Breslau gehörende Auenfläche kostenlos zu überlassen, die Wahl der Mitglieder des Vorstandes an Adenböhmsplatz in der Neustadt entsprechend der Stiftungsbestimmung zu revidieren, den Fluchtlinienplan des Gemeindegebietes zwischen Wilhelmshafen und Zimpelstraße, östlich der Grimmstraße festzusetzen, dringend notwendige Einrichtungen für das Gaswerk zu treffen und die Höhe von 179 000 Mark anzuschaffen und die Bauausführung durch einen Nachtrag abzuändern, der Ermäßigung der Gebühren für öffentliche Bauten nicht.

Dann kam erneut der bereits einmal in den Ausschuß verlegene Antrag des Stadtv. Jemna (D. Wp.) zur Verhandlung, dem

die Lösung des Beschaffungsamtes für die Volksschulen gelangt wurde. Im Ausschuß VIII ist dieser Antrag abgeändert worden, trotzdem lehnte ihn die Mehrheit des Ausschusses ab und beschloß auch der Versammlung ihn abzulehnen. Stadtv. Jemna verteidigte hierzu, daß wir heute im Ueberflusse leben und deshalb die Stellen nicht brauchen, mußte sich aber vom Stadtv. Kreis Pletsch (Soz.) klar machen lassen, daß durch den Gesamteinkauf der Schulmaterialien 50 bis 100 Prozent Ersparnisse zu verzeichnen seien. Wenn Jemna meint, daß dies nur denkbar sei, wenn die „Dunderpreise“ zahlte, so sei demgegenüber festzustellen, daß bereits bei Abschaffung dieser Stelle auch Wucherpreise in Erwägung treten können. Nachdem noch zwei Zentrumsteute geäußert hatten, die sich für die nochmalige Nachprüfung aussprachen, stellte Stadtv. Kitzschke (Soz.) einmal die wackelnde Zentrumshaltung fest. Im Ausschuß seien seine Vertreter für die Ablehnung eingetreten. Die Mehrheit beschloß nochmalige Nachprüfung.

Oberbürgermeister- und Stadtratswahlen

Hierauf folgte die Wahl der drei Stadträte und des Oberbürgermeisters, die von der Bürgermehrheit unter sich verteilt wurden, obwohl die sozialdemokratische Fraktion bei der Bewilligung der Gehälter beantragt hatte, die drei Stadtratsposten einzunehmen. Für den abzuwählenden Stadtrat Schmidt hatte der Bürgerblock den Stadtv. Dr. Giebler (Ztr.) vorgeschlagen. Es kamen 81 Stimmen abgegeben, die alle gültig waren. Davon entfielen auf Dr. Wolf 48 Stimmen, den sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Ziegler 30 Stimmen und den Kommunisten Übelt 3 Stimmen. Für den Stadtrat Fuchs hatte der Ausschuß den Oberbürgermeister Dr. Giebler vorgeschlagen. Bei dieser Wahl wurden 81 gültige Stimmen abgegeben, von denen auf Dr. Giebler 40, dem sozialdemokratischen Kandidaten Ziegler 30, den Kommunisten Übelt 11 und den Stadtverordneten Bujatowsky eine Stimme entfielen. Die gleiche Stimmenzahl wurde für den dritten Stadtrat abgegeben, für den den Ausschuß den Stadtv. Dr. Kitzschke vorgeschlagen hatte. Bei dieser Wahl wurden 81 gültige Stimmen abgegeben, von denen auf Dr. Giebler 40, dem sozialdemokratischen Kandidaten Ziegler 30, den Kommunisten Übelt 11 und den Stadtverordneten Bujatowsky eine Stimme entfielen.

Büdo Luxus für den Schuh

In der Lage ist, für ihre Erwerblosen aufzustehen zu können. ...

Stadtrat Teuber erwiderte die Schmeichelei mit dem Hinweis, daß die Angelegenheit dränge. ...

Während Sozialdemokraten und Kommunisten und Arbeiter den Ausgangspunkt verließen, ...

Die Bürgerlichen wollten nun schnell die Vorlage in den Ausschuss überweisen, weil sie nicht erwartet hatten, daß dieser

Resolution ganz energisch entgegengesetzt werden würde. ...

Stadtrat Dr. Wolf betonte, daß das Zentrum nicht kriegs- ...

Da Stadt Dr. Halpaap (D. Sp.) ebenfalls beantragte, die Vorlage in den Ausschuss zu verweisen, ...

Nach Schluß der Sitzung kam es noch zu einer lebhaften Diskussion mit dem „Arbeiterführer“ Leuninger, ...

Der Mord in der Charlottenstraße

Die Vernehmungen des festgenommenen Schlossers Danbersky wurden in den letzten Tagen allerdings ohne wesentliche Ergebnisse fortgesetzt. ...

Der Stand der Sozialisierungstheorie

Zu diesem interessanten Vortrag, den Genosse Dr. Franz Mayer am kommenden Donnerstag bei den Jungsozialisten hält, sind besonders die Genossen an den letzten Parteischulungs- ...

Quartiere gesucht!

Vom 20. bis 22. Juni findet in Breslau das Gautreffen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. ...

Raubüberfall am Engelhardtweg

Einem Brauereibuchhalter 6000 Mark entziffen — Erfolgreiche Verfolgung und Festnahme der Räuber

Einen besonders schweren Raubüberfall führten gestern vormittag, gegen 10.15 Uhr, zwei Männer aus, die einem Vohndbuchhalter der Engelhardt-Brauerei eine Aktentasche mit 6000 Mark Bargeld entziffen und in einem Auto flüchteten, ...

Der Buchhalter hatte nach 10 Uhr das Brauereigrundstück verlassen, um den in der Aktentasche befindlichen Geldbetrag zur Post zu schaffen. ...

Zum Glück kam zufällig ein Auto entgegen, das der Raubfallene bei der Verfolgung aufnahm. ...

Die beiden Festgenommenen, die das Auto am Vormittage gestohlen haben, wurden als der 22-jährige Wlger Kurt Wenzel aus der Auguststraße 75 und der 27 Jahre alte Arbeiter Artur Kleiner, Berliner Straße 82 wohnhaft, ermittelt. ...

Theater und Musik

Frühkonzert des Gesangsvereins Breslauer Lehrer

Wufft im Freien, an einem schönen Sommerfrühling-Morgen, das hat auch heute im Zentralpark der Tagesausflugs-Parade für viele seinen großen Reiz beibehalten. ...

Nur kurz darum die Eindrücke: Der Chor sang unter Leitung K. u. m. a. n. i. s. bewährter Leitung musikalisch und hingebungsvoll. ...

Advertisement for Sunlight Soap and other household products. Includes text: 'Sammeln Sie die Gutscheinabschnitte von SUNLICHT SEIFE LUX SEIFENFLOCKEN VIM SCHEUERMITTEL PUTZT ALLES DAS MODERNE WASCHMITTEL Sie bringen Ihnen wertvolle Werbegaben' and an illustration of a woman with a basket.

Sozialdemokratische Partei

Central-Club Breslau, Zimmer 107-110, Telefon Nummer 5000-5001, Offener Briefkasten von 1-1 und 1-2 20

Donnerstag 19. Mittwoch, den 4. Juni, ...

Sozialistische Arbeiterjugend ...

Freigewerkschaftliche Jugendpartei ...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ...

Reinigungsarbeiten ...

Geneinlender ...

Neuanschaffungen der Arbeiter-Zentralbibliothek

- 7995 Arbeiterwohlfahrt.
6387 Klassenkampf 1928.
5287 Radio-Umkehr 1925.
521 Umkehr 1928.
286 Birth, Th., Alexander der Große und das Westgriechentum.
285 Birth, Th., Von Homer bis Sokrates.
2262 Baumgartner, Ed., Der große Bauernkrieg.
276 Brüggem, C. J. A., Das Reich Gottes in Sibirien.
2577 Bekers, H., Wie ich zum Tode verurteilt wurde.
2448 Klümmer, H., Leben und Sitten der Griechen.
271 Bauer, W., Fürstenspiegel.
2524 Die Friedensbewegung.
2810 Erwahl, C., Das Gesicht der deutschen Heimat.
2291 Ein Deutscher. Die Tragödie Deutschlands.
2518 1-3, Fried, A., Mein Kriegstagebuch.
2818 Heate, P., Der preussische Verfassungskampf vor hundert Jahren.
241 Hüller, Herm., Weltgeschichte in einem Band.
2388 Kircher, Rud., Wie die Engländer machen.
286 Kleinpaal, J., Wie wir uns leiden.
2578 Ludwig, Emil, Juli 1914.
2881 Haag, A., Der Bürgerkrieg in Frankreich.
298 Maspero, G., Ägypten und Assyrien.
2484 Reinhard, R., Die imperialistische Politik im fernem Osten.
2808,14 Schremmer, Wih., Schief, Volkskunde.
2808,15 Schremmer, W., Die deutsche Besetzung Schlesiens und der Oberlausitz.
2418,2 Tracht, U., Von der Oktoberrevolution bis zum Breiten Friedensvertrag.
2418,3 Tracht, U., Grundfragen der Revolution.
270 Wendel, Fr., Kirche in der Karikatur.
270,1 Wendel, Fr., Sozialismus in der Karikatur.
208,1 Wells, H. G., Die Geschichte der Welt.
2523 Wells, H. G., Hoffnung auf Frieden.
2522 Weller, G., Der kommende Giftgaskrieg.
2288,1 Zeitalter Desmarts, 1871-90.
289 Niebisch, E., Kulturbilder aus griechischen Städten.
2571 Das deutsche Weltbild über die Jahrhunderte.
2418,1 Wankel, Roch, Mein Leben als Entdecker.
2184 Wankel, Roch, Frauen der deutschen Revolution 1848.
2183 Wankel, Roch, Erinnerungen und Erlebnisberichte.
2184 Wankel, Roch, Reden und Briefe.
386,1 Bernheim, E., Sozialdemokratische Lehrjahre.
389,1 Blomard, Von Emil Ludwig.
389,2 Blomard, Von Emil Ludwig.
389,3 Blomard, Von Emil Ludwig.
389,4 Blomard, Von Emil Ludwig.
3157 Conzatti, Barona, Exzerpts und Exzerpts.
2153 Engel, Ed., Menschen und Dinge.
2189 Figner, Wera, Nacht über Russland.
2189 Frank, C., Ein Vorbild.
2181 Freitag, G., Erinnerungen aus meinem Leben.
2185 AV Biographische Skizzen.
2187 Koch, M., Briefe aus dem Jugendalter.
2062,2 Kuntze, W. v., Briefe an eine Freundin.
2184 Kuntze, W. v., Briefe an eine Freundin.
2180 Kuntze, W. v., Briefe an eine Freundin.
2189 London Charman, Ltd London, sein Leben und Werk.
2188 Mischak, J. H., von Familien, Göttern und dem Welt und sein Charakter.
Die Bibliothek ist täglich von 10 bis 12 und nachmittags von 4 bis 7 1/2 Uhr geöffnet. ...

Achtung!
parteilogenossen!
heute, 20 Uhr, im Zentralsaal, Westendstraße 50/52
Redner: Stadtrat Hans Ziegler

Öffentl. Protest-Versammlung

gegen die Umwandlung der städt. Betriebe in kommunale Aktiengesellschaften

Alle politischen Parteien sind schriftlich zu dieser Veranstaltung eingeladen!

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Besucht diese Veranstaltung. Es gilt, den Raub des Kapitals an den städt. Betrieben abzuwehren!

Arbeiter-Radiobund Deutschlands e. V.

Ortsgruppe Breslau
 Die Ortsgruppe bittet, sämtliche Zuschriften geschäftlicher Art, ab sofort an den ersten Vorsitzenden, Funkgenossen Hensel, Breslau, Lehmhain, Riegerhaus, zu richten. In dringenden Besonderen der Gruppen außerhalb Breslaus, die die Presse und den Arbeiterbetriebe betreffen, an Funkgenossen Peter Höhe, Breslau 21, Viktoriastraße 41 III, Telefon 85 822.
 Wir machen die Rundfunkörer darauf aufmerksam, daß der Arbeiter-Radiobund, Ortsgruppe Breslau, mehrere Gruppen unterhält, in deren Baustellen Einzelteile, sowie Apparate am einfachsten Detektor bis zum kompliziertesten Schirmrohrenempfänger gebaut werden. Außerdem finden technische Lehrgänge sowie Vorträge auf dem Gebiet der Radiotechnik statt. Die Vorkurse versehen denen am Kurzwellenfunk Interessierten, das Erlernen der Morsezeichen. Außerdem erhält jeder Rundfunkörer in den Baustellen der einzelnen Gruppen kostenlosen Rat und Auskunft in allen radiotechnischen Fragen.
 Die Baustellen der einzelnen Gruppen finden wie folgt statt:
 Gruppe Zentrum jeden Donnerstag, 19.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, Zimmer 15; Gruppe West jeden Freitag, 19.30 Uhr, in Sudbachs Hotel, Frankfurterstraße 117/119; Gruppe Deutsch-Polnische jeden Mittwoch, 19.30 Uhr, in der Kasse des Café, Neumarkter Straße 25.
 Nach Fertigstellung des Kurzwellen-Empfängers der Gruppe West Abhörgeräte sollen eingerichtet werden. Wir bitten diejenigen Funkgenossen, die daran teilnehmen wollen, diesbezüglich an Funkgenossen Paul Wagner zu wenden.
Gruppe Zentrum. Der Moskufertig beginnt am Donnerstag, dem 5. Juni. Ein jeder bringt einen Kopfhörer, sowie Bauteile in den Kurs mit. Beginn nach der Baustelle, also um 19.30 Uhr.
Gruppe West. Wir erinnern die Funkgenossen nochmals den Preiswettbewerb, der in der Zeit vom 2. Mai bis August stattfindet.
Gruppe Deutsch-Polnische. Wir bitten die Funkgenossen, zu den Baustellen pünktlich zu erscheinen, damit mit der Abwicklung der Baustellen zur festgesetzten Stunde begonnen werden kann. Beginn der Baustelle 19.30 Uhr. Bekanntmachungen hinsichtlich an jedem Sonntag in der Funkheiligtage der "Volksstimme". Außerdem erfolgt an jedem ersten Mittwoch im Monat ein Hörprogramm die Senderübertragung durch die städt. Sender für die Ortsgruppe Breslau und deren Gruppen.

Opernhilfe angehören haben, auf die sich ihnen durch diesen Verein bietende Ermäßigung hingewiesen, die die Eintrittspreise einschließlich Garderobengebühr auf 2,90 bis 7,50 Rmt. erniedrigt. Wer darum bis jetzt von diesen Vergünstigungen keinen Gebrauch gemacht hat, sollte sich die sich ihm im Juni noch bietende einmalige Gelegenheit nicht entgehen lassen.

Selbstmord auf der Straße. Zu der unter dieser Überschrift erschienenen Meldung in der Nr. 121 unseres Blattes vom 28. Mai teilt die Polizei, von der die Meldung stammte, richtigstellend mit, daß nicht Familienmitgliedern der Anlaß zu dem Selbstmord des Täublers St. waren. Der junge Mann ist vielmehr in schlechte Gesellschaft geraten und keine seit 9 Jahren verwitwete Mutter war bemüht, ihn wieder auf den rechten Weg zu bringen.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau e. V.
 1. Männer-Abteilung, 3. Juni Vorstand, 20 Uhr, Turnhalle.
Wassersport
„E.S. „Schwimm“. Wettfahrten inkl. Programme (30 W.) sind ab heute abteilungsweise und einzeln täglich von 15.30 bis 16.30 Uhr beim Gauwaffenlager, Antonienstraße 10, und ab 17 Uhr im Gohlfondbad zu entnehmen. — **Freitag:** Ausgabe der Eintrittskarten zur Jubiläumssportveranstaltung am 2. Feiertag zum Sonntagsausflug von 25 Wt., an der Kasse 1 Mark. — **Erstausflug** Freitag Abrechnung der Karten für das Stadion. — **Feiertag** 7 Uhr: Beginn des Vereinsübungsbetriebes. Antritt der Jugend und der Wasserballer. — **Mittwoch** fällt der Übungsabend im Stadion aus.

Touristenverein „Die Naturfreunde“
Spielergruppe. Seit, abends 20 Uhr, in der Benderschule, Lehmhain.
Jugendgruppe. Mittwoch, 20 Uhr, Heimabend, Benderschule. Des Mittwochs wird der Abend ausgefüllt. Wer Mitspielen eine tägliche Tour machen will, muss erscheinen.
Tanzkreis I (Vorgeschrittene). Morgen, Mittwoch, 20 Uhr, Übungsabend, Quisenstraße.

Der Stolz der Familie
 Ist die **Krauss-Badewanne**
 schon von **Mk. 16.50** an
Eisenhandlung Brandt!
 nur Friedrich-Wilhelm-Straße 89
 zwischen Striegauer Platz u. Leuthenstraße

Konzerte / Theater / Vergnügungen
Stadttheater. Heute Dienstag 20 Uhr als 20. Abonnement-Vorstellung der Serie F. „Die Schwärze“ von Puccini. Mittwoch 20 Uhr als 20. Abonnement-Vorstellung der Serie G. „Die letzten Weiber von Windsor“. Donnerstag 20 Uhr: „Lida“. Nächste Wiederholung von „Katharina“ am Sonntag. Oper von Karl Prokofjeff, Freitag 20 Uhr als 20. Abonnement-Vorstellung der Serie H. Sonnabend 19.30 Uhr: „Carmen“. Der Konzertsaal für die Pfingstfeiertage beginnt Donnerstag, den 5. Juni. Zur Aufführung gelangt am Sonntag 20 Uhr: „Lokal“, am Montag 20 Uhr: „Der lustige Krieger“ von Johann Strauß (Erkaufhebung).
Rehearsaltheater. Täglich 20.15 Uhr: „Das Drama des Armen“, Tragikomödie von Stefan Zweig in der Inszenierung von Paul Rarnag. Sonnabend Erkaufhebung der neuen Komödie „Saisonverkauf 1930“, Texte von Max Oppels, Musik von Harry Kallion.
Theatertheater. Täglich 20.15 Uhr: „Der Räuberhauptmann“. Auch Albu, die Berliner Darsteller der weiblichen Hauptrolle in dem amerikanischen Zeitbild „Katharina“ von Gessy Dunning und Philipp Abbot, wurde für die Breslauer Aufführung dieses Stüches für die letzte Rolle als Gast verpflichtet. Mit der Inszenierung dieser letzten Neuzeit der Kaufmann Spielzeit verabschiedet sich der ab Herbst an das Berliner Staatstheater engagierte Regisseur Leopold Lindtberg vom Breslauer Publikum.
Schlesische Philharmonie. Das nächste Sinfoniekonzert findet morgen Mittwoch 19.30 Uhr unter Leitung von Hermann Behr statt.
Karmin Weg, der famose Spahmacher, kann Breslau zurzeit bei Viecht im Theater der Komiker belachen und bewundern. Das Theater der Komiker bringt seit 1. Juni ein vollständig neues Programm.

Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Arietern
 (Abend, auch mit Quellenangabe, verboten.)
 Die von Standardzeiten und Russland gegen Mitteleuropa vorzudringenden östlichen Luftmassen dürften auch Schleien erreichen und Niederschlag nach Nordost. Bewölkungszunahme sowie Temperaturrückgang erwarten.
Wochen für das Meteorologische Observatorium, die Schließung des Stationsgebäude:
 Nach Nordost drehender Wind, Bewölkungszunahme, vereinzelte Gewitter, stellenweise Niederschlag, Temperaturrückgang.

Neu-Breslau

Hundsfeld. Die Beteiligung der Erziehungsberechtigten an der Elternratswahl war schwach. Nur etwa 50 Prozent genügten ihrer Pflicht. Von 323 Berechtigten wählten 181. Die Liste Schulfortschritt erhielt 3 Vertreter, die sogenannte „christliche unpolitische“ 4.
Breslau-Donitz. Öffentliche Frauenversammlung. Die am letzten Sonnabend im Lokal von Venisch abgehaltene öffentliche Frauenversammlung war ein guter Erfolg für unsere Partei. Über hundert Frauen und Männer nahmen teil. Der außerordentlich lehrreiche Vortrag des Genossen Dr. Kornsteine über das gerade für Proletariat so hochinteressante Thema: „Die sexuelle Knechtschaft der Arbeiterfrau und Wege zu deren Befreiung“ zu hören. Der Redner schilderte in volkstümlicher Weise das traurige Los der proletarischen Frauen, die aus wirtschaftlicher Not und oft aus Unwissenheit abtreiben anstatt vorbeugen. Die erschütternde Tatsache, daß trotz Bestehens der Schandparagrafen 218/19 in Deutschland jährlich ungefähr 500 000 bis 800 000 Frauen abtreiben und ungefähr 30 000 an den Folgen oft elend zugrunde gehen, rede eine deutliche Sprache und schreie nach Abänderung der Gesetzgebung, die aber nur dann zu erreichen sei, wenn das Proletariat die Macht in Händen habe und einig sei. Die anschließend erfolgende Werbetätigkeit der Funktionäre brachte den Eintritt von 25 Frauen und 4 Männern in die Partei. — Unter Distrikt 53 hat bisher 32 Frauen und 6 Männer in der Werbewache gewonnen. Die Werbung geht weiter.

Breslauer Produktenbörse vom 2. Juni 1930

Amliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 2. Juni 1930. An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen. In Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis).
 Weizen, Roggen, Hafer und Gerste für 1000 kg = 1 Tonne
 Getreide, Sämereien, Hülsenfrüchte Futtermittel, Mehl 100 kg
 Kartoffeln, Raufutter 50 kg ab Erzeugungstation

	2.	31.
Getreide:		
Weizen (schlesischer)		
Sektolltergewicht von 74,5 kg Durchschn.		
Qual., gesund und trocken	298.00	298.00
Sektolltergewicht von 76,5 kg gut, gesund und trocken	301.00	296.00
Sektolltergewicht von 72,5 kg trocken für Mäherzwecke verwendbar	291.00	286.00
Roggen (schlesischer)		
Sektolltergewicht von 71,2 kg Durchschn.		
Qual., gesund u. trocken	170.00	170.00
Sektolltergewicht von 73 kg gut, gesund und trocken		
Sektolltergewicht von 70 kg trocken für Mäherzwecke verwendbar	168.00	168.00
Hafer, mittlere Art und Güte	140.00	140.00
Erbsen, feinste	183.00	185.00
„ gute	180.00	177.00
Sonnengerste, mittlere Art und Güte	166.00	163.00
Wintergerste		
Industriegeste		

Lendenz: Weizen fest, sonst unregelmäßig.
 Amliche Notierungen für Mählenerzeugnisse

	2.	31.	2.	31.	
Weizenmehl (70%)	42.00	41.25	Auszugmehl	48.00	47.25
Roggenmehl (70%)	25.25	25.25			
Roggenmehl: 65 proz. 1 RMT, 60 proz. 2 RMT, teurer.					

 Lendenz: Weizenmehl begehrt.
Ölsaaten:

	2.	26.	2.	26.	
Wittl. Art und Güte (Hl. Grate)			Sojamen ..	35.00	35.00
Winterraps ..	33.00		Hafermehl ..	28.00	28.00
Veilmamen ..			Blauweizen ..	74.00	74.00

 Lendenz: Geschäftslos.
Kartoffeln (Erzeugerpreise)
 Spelkartoffeln (ab Erzeugungstation) gelbe 1.70, rote 1.00, weiße 1.00
 Fabrikkartoffeln ab Verladestation für ras Prozent Stärke 0.04.
 Lendenz: Geschäftslos, ruhig.

Geschäftliches
 Wertvolle Verpackung der Saubere Erzeugnisse. Bisher diente die Verpackung der Saubere Erzeugnisse nur zur Umhüllung und zum Schutz der Ware. Das ist jetzt anders geworden, denn jedes Paket Saubere Seife, Lux Seifen, Nolen, Bin und Sumo, das neuartige Verpackungsmittel für die große Marke, trägt auf der Rückseite einen Saubere Aufdruck. Die gewaschenen Saubere-Produkte sind berechnigt zum Bezug wertvoller Haushalts- und Gebrauchsgüter. Die Kosten hierfür hat die Saubere-Gesellschaft ihrem regelmäßigen Kelleraufwand entnommen, so daß also weder die Jahresbilanz bewahrt, Qualität, noch Preis und Gewicht der Saubere Erzeugnisse geteilt werden. Die Hausfrau wird diese Art Kellere, die ihr selbst zugute kommt, sicherlich freudig begrüßen und eifrig die Saubere-Güter sammeln. Einzelheiten kann jede Hausfrau aus dem reich illustrierten Saubere-Katalog entnehmen, der auf Anfrage vom Händler oder direkt von der Saubere-Gesellschaft, Kanalet, kostenlos bezogen werden kann.

Gute Fahrt!

Peters Union

Niederschlesischer Tuberkuloseitag

Am Sonnabend nachmittag fand unter Leitung des Landes-hauptmanns im Provinziallandtagsgebäude des Landeshauptmanns die 27. ordentliche Hauptversammlung des Niederschlesischen Provinzialvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose und im Anschluss daran die 17. Hauptversammlung der niederschlesischen Ortsvereine dieses Vereins. Der große Sitzungssaal war bis auf den letzten Platz besetzt. Art und Abwicklung der Tages-ordnung berechnete im voraus zu der Bestimmung, dass der Provinzialverein wohl über eine gewisse innere Stärke und über Freigabe zur Arbeit verfügt, man andererseits aber schon bei kurzer Anwesenheit herausfühlt, dass innerlich der Verein auch ein wenig auf den sogenannten gesellschaftlichen Rahmen Wert gelegt wird.

In der Hauptversammlung, die schnell von Statten ging, gab Dr. v. Legat, Direktor der Landesversicherungsanstalt, im Namen des Vorstandes den Verwaltungsbericht für 1928 und einige kurze Mitteilungen zum Jahresabschluss 1931. Beide Berichte liefen sehr kurz aus, da alle erforderlichen Details in einem ausführlichen gedruckten Bericht niedergelegt sind, auf den verwiesen werden konnte. Dieser gibt Auskunft darüber, dass es dem Provinzialverein immerhin gelungen ist, wertvolle Arbeit im Interesse der Volksgesundheit in unserer Provinz zu leisten. Die Zahl der Ortsvereine ist von 73 des Vereins beträgt 73, die seiner Tuberkulosefürsorgestellen 73, die der Hilfsstellen 130. Außerdem sind für die Ziele des Vereins in Niederschlesien im Berichtsjahr noch 599 Gemeinde-pflegestellen tätig gewesen. In den Tuberkulose-fürsorgestellen bzw. in den Hilfsstellen wurden insgesamt vorgenommen: 18.779 erstmalige körperliche Untersuchungen, 8651 Sputumuntersuchungen, 5548 Lufsenkungsproben und 13482 Röntgendurchleuchtungen. Fürsorge wurde durch Unterbringung in Heilstätten, Erholungsheimen, in See- und Solbädern 489 Tuberkulose sowie durch Unterbringung in Krankenheimen und Juwelheimen 553 Tuberkulösen zuteil. Das bedeutet also einen Kampf gegen die Volksleuze der Tuberkulose auf sehr breiter Front; und trotzdem betrug im Jahr 1929 die Zahl der Sterbefälle an offener Lungentuberkulose immer noch 1081.

Im übrigen gibt der Verwaltungsbericht Auskunft über die Halberholungsstätten mit Tag- und Nachtbetrieb in Bunsau, Freiburg, Görlitz, Grünberg und Gagnau, über die Ausbildung der Fürsorgefachkisten über die Behandlung Lupus-kranker, tuberkuloseverdächtigter Kinder, über Studienturistik, ärztliche Fortbildungsturse in der Frühdiagnose und Prognose der Tuberkulose und schließlich über die Arbeit in den beiden Heilstätten des Vereins: in der Kaiserin-Augusta-Viktoria-Heilstätte und in der Kaiser-Wilhelm-Kinderheilstätte, die beide, deren Namen im ersten Jahre der Republik wohl auch einmal einer kleinen Renovierung bedürften, in Landeshut gelegen sind. Die Finanzierung der weitverzweigten Fürsorgeleistung des Provinzialvereins erfolgt durch Ueber-weisungen von den zuständigen Bezirkskrankenkassen und von den Anknüpfungen sowie durch Unterstützung von Seiten des Staates (Ministerium für Volkswirtschaft), der Landesversicherungs-anstalt Schlesien, von der Provinz Niederschlesien (Landes-jugendamt) und vom Deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose. Die Einsparungen der beiden Heilstätten für das Jahr 1931 in Einnahme und Ausgabe mit 554.000 Mark (Kontostellen) bzw. mit 526.000 Mark (Kinderheilstätte) ab. Die Vergleichszahlen für das Vorjahr (1930) sind 547.000 bzw. 484.000 Mark, wobei also eine beträchtliche Leistungserleichterung erkennbar ist.

Die Jahresrechnung für 1929 wurde entlastet. Bei den Ergänzungen wählten zum Vorstand wurden sämtliche auscheidenden Mitglieder durch Zurückwiedergewählt. Als Tagungsort der nächstjährigen Hauptversammlung bestimmte man wiederum Breslau.

Die Tagesordnung der ohne Unterbrechung folgenden Hauptversammlung der Ortsvereine brachte zwei Referate über Gesundheitsfürsorge, Gesundheitsfürsorge und Tuberkulosefürsorge. Beide Vorträge, die im wesentlichen von den Resultaten der energischen vorbildlichen Tuberkulosebekämpfung im Stadt- und Landkreise Waldenburg ausgingen, ergänzten sich vorzüglich, da sie Theorie und Praxis der Arbeit nebeneinanderstellten. Das erste Referat erstattete Stadtmedizinalrat Genosse Dr. Rodewald-Waldenburg über „Grundrissen und Technik“. Rodewald gab einen prägnanten und gut verständlichen Überblick des Begriffes und des Inhalts Fürsorge und Gesundheitsfürsorge, sowie einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Fürsorge-pflege aus religiös fundierten Anfängen im Mittelalter bis zu den heutigen Anschauungen, während Medizinalrat Dr. Huebner, Kreisarzt des Kreises Waldenburg, sich mit „Statistik und Ausbau“ beschäftigte und dabei auf verschiedene Möglichkeiten der Intensivierung der Tuberkulosebekämpfung hinwies. Die Ausführungen Dr. Huebners gipfelten in den vorläufig noch in zwei Kreisen honoriert, daß die Weiterbildung der praktischen Ärzte auf dem Gebiete der Tuberkulose-diagnostik gefördert und daß die Arbeit der Fürsorgestellen des Vereins durch Aufstellung neuer Grundzüge systematisiert werden müsse.

In einer regen Diskussion, die folgte, nahmen eine Reihe von Vorträgen zu den Darlegungen der Referenten Stellung und ergaben diese durch weitere Anregungen. Die von Dr. Huebner vorgeschlagene Honorierung der ärztlichen Meldungen über Tuberkulosefälle wurde meistens abgelehnt.

Familiendrama in Wohlau

Undichte Gasleitung oder Lebensmüdigkeit? Der Hilfsarbeiter Wohlmann des Wohlauer Zuchthauses erschien am Sonntag nicht zur gewohnten Zeit zum Dienst, worauf sich ein Kollege nach seiner Wohnung begab, diese aber verschlossen fand. Auch auf hartes Bohren wurde nicht geantwortet, so daß der nunmehr benutzte Beamte die Polizei alarmierte, die dann die Wohnung gewaltsam öffnete. Dem Eintretenden bot sich ein fürchterlicher Anblick; alle vier Mitglieder der Familie — Vater, Mutter, ein neunjähriges Mädchen und ein zwelffjähriger Sohn — lagen tot auf der Stelle; durch Gas-vergiftung. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Ob ein Unglücksfall vorliegt oder Wohlmann mit den Seinen freiwillig den Tod suchte, ist noch nicht geklärt.

Nachdem glauben, daß Wohlmann wegen großer Verzweiflung seinen anderen Suizid mehr sah und durch die Verzweiflung sein Leben ein Ende machen wollte. So ist jedoch auch nicht auszuschließen, daß Wohlmann angekränkt war, dann kam am Sonntagmorgen und so der Tod der ganzen Familie verhängt hat.

Bezirksparteitag in Oberschlesien

Ein Sonnabend und Sonntag hielt die Sozialdemokratische Parteiorganisation in Oberschlesien ihren Bezirksparteitag ab. In der Bezirkshauptstadt, Breslau, wurde am Sonntag der Bezirkskongress im Stadtsaal abgehalten. Die Vertreter aller 100 Ortsvereine nahmen teil. Am Sonntagmorgen fand eine öffentliche Versammlung im Stadtsaal statt. Die Tagesordnung umfasste: 1. Bericht der Bezirksparteiorganisation, 2. Bericht der Bezirkskommission, 3. Bericht der Bezirkskommission über die Tätigkeit der Ortsvereine, 4. Bericht der Bezirkskommission über die Tätigkeit der Ortsvereine, 5. Bericht der Bezirkskommission über die Tätigkeit der Ortsvereine, 6. Bericht der Bezirkskommission über die Tätigkeit der Ortsvereine, 7. Bericht der Bezirkskommission über die Tätigkeit der Ortsvereine, 8. Bericht der Bezirkskommission über die Tätigkeit der Ortsvereine, 9. Bericht der Bezirkskommission über die Tätigkeit der Ortsvereine, 10. Bericht der Bezirkskommission über die Tätigkeit der Ortsvereine.

reiner konnte innerhalb eines Vierteljahres 11 Prozent ihres bisherigen Standes an Abonnenten gewinnen. Der Erfolg zeigte sich auch in den zwei neuen Provinziallandtagsmandaten. Die zukünftige Arbeit soll mehr unter dem Motto: „Hinaus aufs Land“ geleistet werden. Schulung der Funktionäre in Agrarfragen soll einsehen. In der lebhaften Diskussion sprachen fünfzehn Redner. Sie behandelten neben den allgemeinen Organisationsfragen den Ausbau der Presse und der Nebenorganisationen der Partei. Im Mittelpunkt der Beratungen stand das Referat des Genossen Stellung vom Hauptvorstand. Ausgehend von der deutschen Wirtschaftslage und dem Bestreben der besitzenden Klassen, eine Besserung durch Besteuerungsentlastung, Lohnabbau, Fürsorgeabbau und Hochschulkosten zu erzielen, beleuchtete er das Verhalten der Regierung Brüning. Der Redner forderte, daß die Regierung angesichts der nur sehr langsam abnehmenden Arbeitslosigkeit eine Politik im Sinne des Weimarer Verfassungsgartens: „Eigentum verpflichtet“, führe. Die Regierung müsse auch für die beiderseitige Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages, der für Oberschlesien von besonderer Bedeutung ist, sorgen und verwies auf die unentschlossene Haltung des Zentrums bei den Vorerhandlungen über den Handelsvertrag. Nach einer weiteren, gleichfalls regen Diskussion, die sich im Rahmen der Ausführungen des Referenten bewegte, wurden zwei Entschließungen angenommen. In der ersten Entschließung wurde gefordert: 1. Beschleunigter Ausbau der Oder zum Großschiffahrtsweg; 2. Anschluß des ober-schlesischen Industriegebietes an eine Großwasserstraße; 3. vorübergehende Ermäßigung der Frachttarife für ober-schlesische Güter; 4. Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe; 5. Wiederherstellung der durch Grenzziehung und Besatzungszeit ruinierten Verkehrsstrahlen; 6. Erklärung Oberschlesiens zum Nothstandsgebiet; der zweiten Entschließung die Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages, Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Unterstützung dem Kleinrentenium und den Siedlern gefordert.

Die Gemeinliche Ortsgruppe der Partei hatte zu Ehren der Delegierten einen sehr gut gelungenen Begrüßungsabend arrangiert, bei dem unter anderem auch Bilder aus der „Wandlung“ von Toller aufgeführt wurden.

Das Recht der deutschen Sprache

Eine Entscheidung Calenders über das Recht, Eingaben an die polnische Schulbehörde in deutscher Sprache abzugeben

Der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calender, hat eine für die deutsche Minderheit in Polnisch-Schlesien wichtige Entscheidung getroffen, der folgender Sachverhalt zugrunde lag.

In der polnischen allgemeinen Volksschule in Schwientochlowitz wurden allen Schülern ein Milchfrühstück verabreicht. Die Kinder der Minderheitschule erhielten ein solches Frühstück nicht. Der Vorsitzende der Schulkommission der Minderheitschule, Wlodarski, hatte nun am 14. April 1929 an das Kreisamt in Schwientochlowitz eine in deutscher Sprache verfaßte Eingabe gerichtet, in der er bat, die Kinder der Minderheitschule in gleicher Weise bei Verabreichung eines Milchfrühstücks zu berücksichtigen wie die Kinder der Mehrheitschule. Der Kreisinspektor Schaffran aber lehnte eine Erledigung dieses Gesuches mit der Begründung ab, daß die Amtssprache polnisch sei und Eingaben in polnischer Sprache abgefaßt werden müßten. Dieses Vorgehen des Schulinspektors steht im Widerspruch mit der Genfer Konvention, die in ihrem Artikel 136 ausdrücklich festlegt, daß Gesuche an Zivilbehörden in deutscher Sprache gerichtet werden können. Der Deutsche Volksbund hatte im Namen des Schulinspektors Wlodarski eine Beschwerde sowohl an das Reichsamt für Minderheiten, wie auch an die Gemischte Kommission für Oberschlesien gerichtet.

Der Präsident der Kommission, Calender, hat nunmehr entschieden, daß die Zurückweisung der Eingabe, weil sie in deutscher Sprache abgefaßt war, im Widerspruch mit der Genfer Konvention steht. Die zuständigen Behörden wurden ersucht, den Kreisinspektor entsprechend zu belehren.

Liegnitz. Bezüglich der Schulfrage des Unglücksalles im Nordbad schreibt die Liegnitzer „Volkszeitung“, daß anscheinend die Ponton-Kaufirma die Schuld trägt. Die Belastung war verhältnismäßig geringfügig. Selbst wenn ein Ponton sich mit Wasser füllte, muß die Tragkraft der anderen immerhin dicht neben einander schwimmenden Pontons so stark sein, um selbst bei starker Belastung ein Versinken der anderen zu verhindern. Entweder stimmen die Tragkraft-Berechnungen der Kaufirma nicht oder die Pontons sind sehr fehlerhaft gearbeitet worden. — Vom städtischen Pressebüro wird mit-

geteilt, daß eine vorläufige Untersuchung die Ursache des Sinkens des Ponton-Kaufirma an der Südseite des Nordbades nicht feststellen konnte. Erst bei Hebung der versunkenen Pontons wird wohl volle Klarheit zu erwarten sein.

Schneeberg. In der Schneegebirge verunglückte ein Schüler einer hiesigen Steingrubenschule beim Spiel mit Kameraden in die kleine Schneegrube ab. Der Verunglückte wurde vom Kältefrost der Schneegrube und dem Hausmeister mit Hilfe anderer Personen geborgen und wurde mit schweren Verletzungen nach Schreiberhau überführt.

Ober-Schlesien, Kreis Bunsau. Auf der Krähens-jagd selbst erschossen. Der Landwirt Hofmann ging in seinen Wald, um dort Krähens zu jagen. Da er Pantoffeln trug, strauchelte er und kam über einen Grenzstein zu Fall. Das Gewehr, das er bei sich hatte, entfiel ihm; die Kugel ging ihm in den Kopf und hatte seinen sofortigen Tod zur Folge.

Königsberg. Arbeiter-Wasserrettungsdienst in Tätigkeit. Sonntag, den 1. Juni, konnte der vor kurzem in Königsberg eingerichtete Arbeiter-Wasserrettungsdienst zum zweiten Male sein Bestehen in Tätigkeit treten. Wieder gelang es ihm, ein Menschenleben vor dem Ertrinken im Stausee zu retten. Die Rettung gestaltete sich besonders schwer, weil es sich bei dem Gefährdeten um einen Taubstummen handelte.

Kreis Bunsau. Sturmische Stadiverordnungen. In der letzten Stadiverordnungsitzung drangen Mitglieder während der Beratung des Haushaltsplans in den Sitzungssaal ein, so daß der Saal polizeilich geräumt werden mußte. Das Stadiparlament lehnte die vom Magistrat beantragten Steuererhöhungen als untragbar ab. Die Gebühren von Wasser, Strom und Gas werden dagegen nach einem Vermittlungsvorschlag erhöht.

Kreis Beuthen. Wildererdrama. In einer der letzten Nächte machte der Arbeiter Rasko auf den Dominianfildern von Remezowitz Jagd auf Hasen. Da man seinen Wildbeeren auf die Spur gekommen war, hatten auch Landjäger das Jagdgelände umstellt. Als Rasko einen Hasen gefangen hatte, ertönte die Signalpfeife eines Landjägers, der vor dem übermächtigen Wilderer auftauchte. Sofort legte dieser auf den Landjäger an. Bevor er jedoch zum Schuß kam, wurde er durch die Kugel eines anderen Landjägers niedergestreckt und getötet.

Sindenburg. Ein Unwürdiger entfernt. Der ehemalige Redakteur des sozialdemokratischen „Sindensburger Tageblattes“, Heinrich Koch, der auch vorübergehend der Redaktion der „Volksmacht“ angehört hatte, wurde durch Beschluß des Bezirksvorstandes der SPD, Oberschlesien wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen.

Tarnowitz. Kreis-Rath. Verdrückt. Hier stürzte das zweijährige Tochterchen der Ehefrau Halaczki in einen Eimer mit kochendem Wasser und erlitt so fürchterliche Verbrühungen, daß es nach kurzer Zeit verstarb.

Aus der Umgebung

Die Maul- und Klauenpest

Im Kreise Neumarkt ist auf der Weide, den sogenannten Großwiesen, befindlichen Kindern der Güterverwaltung Falkenhain-Seeber, sowie in Schreiberhau weiter unter den Viehbeständen des Stellenbesizers Wilhelm Leuterz die Maul- und Klauenpest ausgebrochen. Die Ortshaupt Schreiberhau ist bereits als Sperrbezirk.

Unter den Viehbeständen des Dominiums Marschowitz ist die Maul- und Klauenpest erloschen.

Wagnern. Aus der Partei. Am Sonntag fand hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt. Genosse Kränkel-Breslau sprach über das Thema: „Der Kampf ums tägliche Brot“, und gab gleichzeitig Aufklärung über die Fackelkreuz- und Stahlhelmbewegung, wobei er reichlichen Beifall erntete. Der Vorsitzende Genosse Gersch schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Partei.

Veipe-Petersdorf. Aus der Gemeinde. In der Gemeindevorstandssitzung vom 30. Mai fand unter anderem auch der Bau eines Gemeindehauses auf der Tagesordnung. Genosse Vogt schilderte bei dieser Gelegenheit, wie es um die Wohnungsverhältnisse in unserer Gemeinde bestellt ist. Auf der hütgerischen Seite hatte man hierzu an dem Bau eines Gemeindehauses wenig Interesse, obwohl die Genossen Biwald und Rademeyer darlegten, daß die finanzielle Belastung der Gemeinde, wenn Hausinsversicherungen bewilligt werden, relativ gering ist. Da man zu keinem Ergebnis kam, wurde diese Frage auf die nächste Sitzung am Mittwoch vertagt. — Unter Vorsitz von Genossen Waggel wurde die Frage gestellt, warum der Produzenthändler Wittig keine Gewerbesteuer bezahle und auch hierzu nicht veranlagt sei. Da W. im Zuhörerraum anwesend war, wurde ihm selbst das Wort gegeben. Er erklärte, ein Wandergewerbe auszuüben, was ihm sofort von Genossen Waggel, der sein Mieter ist, widerlegt werden konnte. Darauf wurde Herr W. veranlaßt, daß ihm die Tür gewiesen werden mußte. Hierüber regte sich wiederum der bürgerliche zweite Schöffe, Herr Kallm, so auf, daß er mit W. zusammen demokra-tisch das Lokal verließ. Nach vierstündiger Dauer konnte die ziemlich lebhaftige Sitzung geschlossen werden.

Waldenburg. Aus der Partei. In der am Donnerstag abgehaltenen Frauenversammlung sprach Genosse H. Löbe über „Die Frau und der Sozialismus“. Bebauertemweise waren verhältnismäßig wenig Männer und Frauen bei dem interessanten Vortrag anwesend. Besonders verdient um die Ausbesserung der Verhältnisse machte sich der Arbeiterverein Märzdorf. Derselbe erntete reichen Beifall für seine Männer- und gemischten Chöre.

Neumarkt. Teure Kirchen. Durch den an sich reichlichen Frühbehang hatten sich bei einer Versteigerung der Verpachtung der Kirchennutzung der Provinzial- und Kreisstrassen im Landkreis Liegnitz dortselbst zahlreiche Bieter eingefunden. Die Verpachtung der Straße Liegnitz-Neumarkt erbrachte nach Stat. 37-38 bei der Lage zu 30 Mark ein Gebot von 310 (dreihundertzehn) Mark, also das Mehrfache, und die Straße Striegau-Marisch von 49,0-48,2 — 720 (siebenhundertzwanzig) Mark — 420 Mark mehr als die Lage betrug. Der übliche Durchschnittserlös des ganzen Kreises betrug sonst 18.000 bis 14.000 Mark, während in diesem Jahre 28.673 Mark erzielt wurden.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt
Bezirksamt: Magistratestr. 17, Gartenschein (Neuplan) Zimmer 170-176
Telefon 996, 998
Geschäfts- und Besuchszeiten: vom 10. bis 18 Uhr

Samstag, heute, den 3. Juni, 20 Uhr, bei Rath: Mit-gliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.
Sonntag, den 4. Juni, 10 Uhr, bei Maitwald: Parteitag. Alle Frauen müssen erscheinen.

Köberwitz, Mittwoch, den 4. Juni, findet hier im Lokal 20 Uhr eine öffentliche Frauenversammlung statt. Die Rednerin erlischt Genosin E. Giri, Breslau, Frauen und Mädchen aus Köberwitz und Umgebung werden in Massen.

Waldenburg, Mittwoch, den 4. Juni, 20 Uhr, bei Gohl: Parteitag. Redner: Genosse G. Kallm.

... 59 von
meinen 65
Schülerinnen
trinken jetzt
Kathweiner
schreibt der Lehrer L.
darüber
wird sich un-
ser Schularzt
freuen ...

Kapitalistisches Gegenpiel
Mansfeld N.-G. legt weitere Betriebe still
Weil die Arbeiter einen 15prozentigen Lohnabbau nicht mitmachen

Wiesbaden, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.)
Der überaus glänzende Stand der Abwehrbewegung in Mansfeld hat die Mansfeld-N.-G. voranläßt, sämtliche mit dem Kupferschieferbergbau und Schlittenbetrieb zusammenhängenden Betriebe stillzulegen.

Die Generaldirektion der Mansfeld-N.-G. behauptet in einer Mitteilung an die Presse, daß schon am Sonntag Terror gegen Arbeitswillige geübt worden sei und am Montag die in großer Zahl auf sämtlichen Gruben und Schlitten erschienenen Arbeitswilligen auf den Zugangswegen durch stürzende Gegenwirkung zum größten Teil an der Aufnahme der Arbeit verhindert worden seien.

Die Gewerkschaften stellen demgegenüber fest, daß die Weigerung fast der ganzen Belegschaft, zu den von der Mansfeld-N.-G. diktierten neuen Bedingungen ein neues Arbeitsverhältnis einzugehen, ohne jeden Terror erfolgt ist.

Für die Notstandsarbeiter zahlt die Mansfeld Löhne nach ihrem neuen Vorschlag zusätzlich eines Zuschlages von 20 Prozent. Das bedeutet einen Lohn, der höher ist, als der bisherige normale Lohn.

Vor einem Kampf auf den Seeschiffahrtswerften

Die am Montag zwischen der norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller, Abteilung Seeschiffahrtswerften, und den beteiligten Gewerkschaften geführten Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

Die Arbeitnehmer beantragten eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 47 Stunden pro Woche und eine angemessene Lohnherabsetzung, zumal die Löhne der Arbeiter auf den Seeschiffahrtswerften wesentlich geringer sind als die Löhne ähnlicher Industriezweige.

Arbeitslosenversicherung und Landflucht

In einer Verordnung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung weist der Präsident auf die Bestimmungen hin, die das Arbeitsamt zu erfüllen hat, ehe es einem Arbeitslosen die Möglichkeiten geben darf, sich bei einem anderen Arbeitsamt als zuständig zu melden.

a) durch die Ueberweisung eine Hausgemeinschaft mit Ehegatten, Eltern oder Boreltern wieder hergestellt wird, oder b) wenn die Lage des Antragstellers sich infolge der Ueberweisung wesentlich bessern würde, weil er bei Verwandten oder Bekanntschaften einen wirtschaftlichen Rückhalt gewinnt, oder

Der Antrag eines Arbeitlosen, ein anderes Arbeitsamt für zuständig zu erklären, ist von dem Vorstand des nach § 108 Abs. 1 ArbZG zuständigen Arbeitsamtes in jedem Einzelfalle, insbesondere auch nach arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten, zu prüfen. Hierbei ist insbesondere darauf Bedacht zu nehmen, daß durch Ueberweisungen die Ueberwanderung vom Lande nicht begünstigt, vielmehr in geeigneten Fällen die Rückwanderung auf das Land gefördert wird.

So schwerwiegende Folgen die Landflucht für die Großstädte hat, haben diese in den letzten Jahren nicht aufgegeben, sondern durch die Ueberwanderung von Arbeitlosen auf das Land gefördert wird.

Auch die Kieler Howald-Werft will stilllegen

Kiel, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.)
Die Kieler Abteilung der Howald-Werften hat den Antrag auf Stilllegung ihrer Werke gestellt. Das Vorgehen beruht um so eigenartiger, als die Kieler Abteilung der Howald-Werft eine der wenigen deutschen Werften ist, die durch ausserordentlich hohe und auch wachsende Aufträge überlastet ist.

Wie lange noch Ueberstunden?

Verdient den § 6 der ArbZG!

In erschreckendem Umfang häufen sich bei den Behörden die Anträge auf Betriebsstilllegungen aus Mangel an Aufträgen. Das Betriebsrisiko wird von den Unternehmern rückwärts auf die Arbeitnehmer abgewälzt.

Der § 6 der Arbeitszeitverordnung von 1927 bedarf einer Neuregelung. Nach seinen Bestimmungen kann bei nichttariflicher Ordnung der Arbeitszeit auf Antrag des Arbeitnehmers für einzelne Betriebe oder Betriebsabteilungen eine abweichende Regelung der Arbeitszeit durch den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten genehmigt werden.

20000 Kopenhagener Hafenarbeiter vor dem Streik

Kopenhagen, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.)
Am 15. Juni treten wahrscheinlich 20000 Hafenarbeiter in den Streik. Den Grund zu dem Ausbruch bildet der bisherige ergebnislose Verlauf der seit Wochen findenden Lohnverhandlungen.

Der Gegendruck hat geholfen

Die belgischen Kohlenarbeiterlöhne bleiben unangetastet. Die paritätische Kohlenkommission hat beschlossen, die gegenwärtigen Löhne im Bergbau zum 1. Juli aufrecht zu erhalten.

Täglich 4 Tote im Baugewerbe

Bauarbeiterkongress-Konferenz für die Provinz Schlesien

Am 1. Juni fand im Breslauer Gewerkschaftshaus für die Provinz Schlesien eine Bauarbeiterkongress-Konferenz statt, in der Kollege Sachs vom DGB, Berlin das Referat übernommen hatte. An dieser Konferenz waren neben der Bezirksleitung des Deutschen Baugewerksbundes, Vertreter des Bezirksarbeitsausschusses des DGB für Schlesien, sowie 58 Kollegen anwesend.

Die Delegierten waren entsetzt, als sie hören mußten, daß im Baugewerbe täglich 4 Todesfälle zu verzeichnen sind. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß sich die Unternehmer gegen die Verbesserungen des Bauarbeiterkongresses mit aller Macht sträuben und daß auch von den Berufsgenossenschaften und den anderen Organen es nicht gern gesehen wird, wenn die Bauarbeiter versuchen, bei diesen Instanzen sich mehr und mehr Geltung zu verschaffen.

Die Schitanen gegen die Konsumvereine

Ein Konsumverein hatte Körperschaftsteuerbescheide für die Jahre 1925 bis 1927 erhalten; kein Einspruch war vom zuständigen Finanzamt abgewiesen worden.

Die Schitanen (die Genossenschaft) hat aber andererseits glaubhaft gemacht, daß sie durch ihren Vorstand in wiederholten Erklärungen an das Finanzpersonal und durch gelegentliche Kontrollen des Personals darauf hingewirkt hat, daß der Betrieb des Vereins auf den Kreis der Mitglieder beschränkt bleibt.

Das Urteil zeigt, um welcher Bagatellen willen Konsumvereine mit hohen Strafsteuern zu schikanieren sucht. zeigt aber auch, daß bei gewissenhafter und gründlicher Schaltung der Vorstandsmitglieder die Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung festgestellt werden können.

Die Schitanen gegen die Konsumvereine

Ein Konsumverein hatte Körperschaftsteuerbescheide für die Jahre 1925 bis 1927 erhalten; kein Einspruch war vom zuständigen Finanzamt abgewiesen worden.

Die Schitanen (die Genossenschaft) hat aber andererseits glaubhaft gemacht, daß sie durch ihren Vorstand in wiederholten Erklärungen an das Finanzpersonal und durch gelegentliche Kontrollen des Personals darauf hingewirkt hat, daß der Betrieb des Vereins auf den Kreis der Mitglieder beschränkt bleibt.

Das Urteil zeigt, um welcher Bagatellen willen Konsumvereine mit hohen Strafsteuern zu schikanieren sucht. zeigt aber auch, daß bei gewissenhafter und gründlicher Schaltung der Vorstandsmitglieder die Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung festgestellt werden können.

Das Urteil zeigt, um welcher Bagatellen willen Konsumvereine mit hohen Strafsteuern zu schikanieren sucht. zeigt aber auch, daß bei gewissenhafter und gründlicher Schaltung der Vorstandsmitglieder die Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung festgestellt werden können.